

Ökumenische Konsultation

zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz

«Welche Zukunft wollen wir?»

Diskussionsgrundlage

Schweizer Bischofskonferenz (SBK)

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK)

Bern und Freiburg, 18. Januar 1998

Ökumenische Konsultation
zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft
der Schweiz:

«Welche Zukunft wollen wir?»

Diskussionsgrundlage

Schweizer Bischofskonferenz (SBK)

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK)

Bern und Freiburg, 18. Januar 1998

(Erscheint gleichzeitig in französischer und in italienischer Sprache)

Alle Rechte vorbehalten

© 1998 by Ökumenische Konsultation: Zukunft der Schweiz
Postfach 7442, 3001 Bern. Tel. 031-382 23 28, FAX 031-381 83 49
Institut für Sozialethik des SEK, Sulgenauweg 26, 3007 Bern
Tel. 031-370 25 50, FAX 031-370 25 59
e-mail ise-ies@ref.ch

Justitia et Pax, Postfach 6872, 3001 Bern
Tel. 031-381 59 55, FAX 031-381 83 49
e-mail jus-pax.ch@bluewin.ch

1. Auflage Januar 1998

Druck: Zollinger AG, 8134 Adliswil

Vorstand des Schweizerischen Schweizer Bischofskonferenz
Evangelischen Kirchenbundes

An die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz

Einladung zum Dialog über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz

Die Zukunft unseres Landes ist ungewiss geworden, der soziale Frieden in Frage gestellt. Wir, die Mitglieder der Schweizer Bischofskonferenz und des Vorstandes des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, sind beunruhigt, dass es in diesem Land so schwierig geworden ist, eine gemeinsame Sicht für die Zukunft der Schweiz zu entwickeln.

Die Zeit des stetigen Wachstums unseres wirtschaftlichen Wohlstandes endete 1990 mit einer Rezession; die fetten Jahre sind vorbei. Am deutlichsten und bedrohlichsten ist diese Tatsache für Erwerbslose. Unvermittelt sind viele Menschen in wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten geraten. Niemand wagt im Augenblick zu sagen, ob und wann es wirklich aufwärts geht. Und gerade jetzt, da das soziale Sicherheitsnetz stark belastet wird, steckt die politische Diskussion über Sozialpartnerschaft und Sozialwerke in einer Sackgasse.

Negative Auswirkungen der Globalisierung machen vielen Angst. Kann unser Land nur überleben, wenn es sich dem «Gebot» der Marktwirtschaft unterzieht? Muss das, was in den letzten 50 Jahren an sozialem Frieden und Sicherheit geschaffen wurde, nun preisgegeben werden?

Die bisherigen Grundlagen des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenlebens sind in Frage gestellt. Die Schweiz braucht neue Grundlagen. Deshalb muss sich die Bevölkerung auf einen neuen Gesellschaftsvertrag verständigen.

Wir sind überzeugt, dass für die Zukunft unseres Landes tragfähige Solidarität und gesellschaftliche Freiheit ebenso wichtig sind wie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Wie aber können die Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft mit den Grundwerten und Zielen soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und nachhaltiger Schutz der Umwelt verbunden werden?

Wir eröffnen deshalb eine Ökumenische Konsultation über die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Sie soll zur Verständigung über die Ziele der Gesellschaft Schweiz beitragen. Wir wollen zusammen mit der ganzen Bevölkerung nach Antworten auf die grundlegenden Fragen suchen. Wir laden jede Frau und jeden Mann, alle Institutionen und Organisationen ein, sich an unserer Konsultation zu beteiligen.

Die Zukunft ist für die christliche Gemeinschaft Hoffnung und Aufgabe zugleich. Die Kirchen und ihre Mitglieder sind Teil dieser Gesellschaft. Als solche übernehmen sie ihren Teil an Verantwortung und wollen ihren eigenen Beitrag leisten. Sie mischen sich ein - und tun dies vom Evangelium her. Denn für sie ist Gott der Schöpfer, sein Sohn Jesus Christus der Erlöser. Sie glauben an den Heiligen Geist, der das Antlitz der Welt erneuert. Das Reich Gottes ist im Kommen und wirkt in unsere Gegenwart hinein. Die Kirchen und die einzelnen Gläubigen wollen dies bezeugen, indem sie an einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen mitarbeiten.

Die soziale und wirtschaftliche Zukunft kann und muss gestaltet werden. Gemeinsam sollten die Bürgerinnen und Bürger überlegen, welche Schweiz sie wollen, damit sie das neue Jahrtausend mit Zuversicht angehen können. Deshalb rufen wir alle Menschen in unserem Land auf, sich an der Ökumenischen Konsultation der Kirchen zu beteiligen.

Wie funktioniert die Konsultation?

Die Konsultation beginnt am 18. Januar 1998 und dauert bis Mitte 1999. Eingeladen sind alle Frauen und Männer dieses Landes. Ihre Vorschläge sind gefragt für die Gestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Zukunft. Wir wünschen und hoffen, dass sie sich an den verschiedensten Orten und in den verschiedensten Kreisen zusammensetzen und ihre Vorschläge auf vielfältige Weise einbringen: Einzelne, Familien, Gruppierungen, Vereine, Pfarreien, Kirchgemeinden, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Parteien und Behörden sind aufgerufen, Stellung zu den Grundfragen der Zukunft zu nehmen. Diese Grundfragen nach einer gerechten, friedlichen und umweltverträglichen Zukunft sind in der Konsultations-Broschüre „Welche Zukunft wollen wir?“ näher erläutert.

Schicken Sie uns bitte Ihre Vorschläge, Ihre Notizen zur Zukunft, Ihre Texte und Stellungnahmen, Ihre Berichte von Diskussionen, Ihre Ideen, Theaterstücke und Filme, Ihre Bilder und Visionen bis spätestens Ende Juni 1999 an die Ökumenische Konsultation (Kontaktadresse am Ende des Briefes).

Bei dieser Adresse können Sie auch unsere Konsultations-Broschüre „Welche Zukunft wollen wir?“ bestellen.

Was geschieht mit Ihrem Ratschlag?

Wir werden uns mit allen Beiträgen auseinandersetzen und sie öffentlich zugänglich machen. Die Auswertung dient uns als Grundlage für unsere eigenen Schlussfolgerungen. Diese Folgerungen werden wir in einem Schlussdokument veröffentlichen - in der Hoffnung, dass sie unserem Land als Wegweiser in die Zukunft dienen können.

Wir danken schon heute allen Menschen guten Willens, die sich an unserer Konsultation beteiligen.

Bern und Fribourg, 18. Januar 1998

Für den Vorstand des Schweizerischen
Evangelischen Kirchenbundes

Für die Schweizer
Bischofskonferenz

Pfr. Heinrich Rusterholz, Präsident

Mgr Amédée Grab, Präsident

Kontaktadresse:

Ökumenische Konsultation,
Postfach 7442, 3001 Bern
Tel. 031-382 23 28, FAX 031-381 83 49.

e-mail-Adressen:

Institut für Sozialethik des SEK: ise-ies@ref.ch
Justitia et Pax: jus-pax.ch@bluewin.ch

Inhalt

Vorstand des Schweizerischen Schweizer Bischofskonferenz / Evangelischen Kirchenbundes: An die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz: Einladung zum Dialog über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz	3
Wie funktioniert die Konsultation?	4
Was geschieht mit Ihrem Ratschlag?	5
Inhaltsverzeichnis	6
«Welche Schweiz wollen wir?» - Diskussionsgrundlage	1
Drei Geschichten	9
Einleitung	11
<i>Erster Teil</i>	
<i>Unsere soziale Lebenswelt verstehen</i>	12
1. Umbrüche in unserer Gesellschaft	12
1.1 Jahre des Wohlstands	12
1.2 Die Schweiz im Sog des weltweiten Wandels	13
1.3 Abschied vom bisherigen Gesellschaftsvertrag	14
1.4 Der Wandel und seine Folgen	15
2. Aufgezwungene Normen	16
2.1 Zwang zur Freiheit	16
2.2 Appell an die persönliche Verantwortung	17
3. Gängige Mythen	18
3.1 Der Mythos vom reinen Markt	18
3.2 Der Wachstumsmythos	19
4. Schlussfolgerung des ersten Teils	20
<i>Zweiter Teil</i>	
<i>Die gegenwärtige Situation im Licht des christlichen Glaubens beurteilen</i>	21
1. Unser Auftrag	21
1.1 Für eine Gesellschaft eintreten, die niemanden ausschliesst	21
1.2 Den Dialog fördern	22

1.3 Die eigene Stimme erheben	22
2. «Sucht zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit» (Mt 6,33)	23
2.1 Eine Tischgemeinschaft, die niemanden ausschliesst	24
2.2 Existenzsicherung für alle	25
2.3 «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung»	26
Wichtige Kriterien einer «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung» sind:	27
3. «Vater unser im Himmel ... unser tägliches Brot gib uns heute»	27
3.1 «Vater unser im Himmel ...»	28
3.2 «...geheiligt werde dein Name ...»	28
3.3 «...dein Reich komme ...»	28
3.4 «...dein Wille geschehe wie im Himmel, so auch auf Erden»	28
3.5 «...unser tägliches Brot gib uns heute ...»	28
3.6 «...und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern...»	29
3.7 «... und führe uns nicht Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen...»	
3.8 «...denn ist das Reich ...»	29
4. Schlussfolgerungen	30
Vorschläge für weitere biblische Reflexionen	30
<i>Dritter Teil</i>	
<i>Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag</i>	31
<i>Übersicht</i>	31
<i>Ziel</i>	31
1. Grundwerte	32
1.1 Gerechtigkeit	32
1.2 Freiheit und Verantwortung	32
1.3 Mitbestimmung	33
1.4 Nachhaltigkeit	33
1.5 Solidarität	34
2. Kriterien für die Umsetzung eines neuen Gesellschaftsvertrags	35
3. Elemente eines neuen Gesellschaftsvertrags	36
3.1 Wirtschaftsvertrag	37
3.2 Sozialvertrag	37
3.3 Demokratievertrag	40
3.4 Umweltvertrag	41
3.5 Weltvertrag	41
3.6 «Kulturvertrag»	42

4. Ausblick - Aufforderung zur Beteiligung	43
Drei Geschichten	44

Welche Zukunft wollen wir?

Drei Geschichten

Dass ein anderer Wind wehte, hatte Hans schon lange gemerkt. Zuerst zirkulierten bloss Gerüchte. Die Rede war von Restrukturierungen, vom Zwang, im Konkurrenzkampf mit dem Ausland bestehen zu können. Dann las er in der Zeitung, in den Ländern Südostasiens seien die Löhne wesentlich tiefer als bei uns, die westlichen Industrienationen müssten sich auf diese Konkurrenz einstellen. Das konnte er kaum glauben. «Sind das nicht diese unterentwickelten Länder?» Später stiess er in der Zeitung auf ein neues Wort: «Produktionsverlagerung». Gemeint waren Unternehmen, die ihre Produktion in Niedriglohnländer verlegen.

Eines Tages rief die Direktion das Personal zusammen. Von Rationalisierung war die Rede, von unvermeidlich gewordenen Opfern, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. Was hatte das alles zu bedeuten? Ihm war zu Ohren gekommen, die Stellen der Arbeitskollegen, die in Pension gingen, würden nicht wieder besetzt. Er hatte von Überstunden gehört.

Überstunden musste auch er dann leisten; weiter musste er lernen, Schicht zu arbeiten, mit Arbeitsbeginn am Morgen oder am Abend. Der Produktionsapparat, so wurde ihm erklärt, sei finanziell so aufwendig, dass er länger genutzt werden müsse.

Erneut wurde das Personal zusammengerufen. Die Direktion teilte mit, in einem Jahr werde der Betrieb liquidiert: Sozialplan, Arbeitsplatzangebot in einer anderen Stadt, unvermeidliche Entlassungen – die Wörter schwirrten Hans durch den Kopf. Was sollte er seiner Frau sagen? Seit dreissig Jahren arbeitete er hier. Er war 57. Umziehen? An einem anderen Ort mit einer ihm fremden Sprache arbeiten?

Als er von seinem Vorgesetzten zu einer Besprechung geladen wurde, wusste er bereits, was ihn erwarten würde: für ihn hatte man kein Angebot, seine Rentabilität war zu gering, sein Lohn zu hoch. Ihm wurden Lohnfortzahlungen bis sechs Monate nach Betriebsschliessung zugesichert.

Nun begriff er, was das Wort «Opfer» bedeutete. Er wurde geopfert. In der Zeitung stand etwas von den Gesetzen des Marktes, vom Zwang, sich anzupassen, konkurrenzfähig zu bleiben. Doch er verstand die Rolle dieser geheimnisvollen Kräfte noch immer nicht.

Jetzt ist Hans arbeitslos, bezieht Arbeitslosengeld in der Höhe von 70 % seines früheren Lohns. Was wird sein, wenn er «ausgesteuert» sein wird? Auf die AHV wird er noch einige Jahre warten müssen, seine Frau wird sie nicht mehr mit zweiundsechzig Jahren beziehen können. Und die Krankenversicherung wird immer teurer. Selbstverständlich hat er Arbeit gesucht, aber nur negative oder gar keine Antworten erhalten. Er weiss weshalb, er ist zu alt. «Wer bin ich denn?» «Für wen, wofür habe ich ein Leben lang gearbeitet?»

* * * * *

Peter hatte Karriere gemacht. Mit 40 Jahren gehörte er zum höheren Kader eines bedeutenden Unternehmens. Zwar musste er hart arbeiten, doch es lohnte sich. Zusammen mit seiner Frau hatte er ein Haus gekauft. Freilich war er nur selten zu Hause. Doch Zukunftsängste brauchte er nicht zu haben.

Eines Tages rief ihn der Generaldirektor zu einer Besprechung. Zuerst wurde sein Einsatz für die Firma gelobt. Dann kam die künftige Entwicklung des Unternehmens zur Sprache: Übernahme von Konkurrenten zur Erhöhung des Marktanteils, samt den damit verbundenen Restrukturierungen. Peter war das alles bekannt, doch wusste er noch immer nicht, worauf sein Chef hinauswollte. Dann fiel der Satz: «Hier können Sie keine Karriere mehr machen. Ich schlage Ihnen vor, die Direktion unserer neuen Filiale in Bombay zu übernehmen.» Schweigen ... Seine Frau, sein Haus, der Garten, die Freunde – all dies stand ihm plötzlich vor Augen; dann Indien und die dortigen Menschenmassen, der Zwang, am Arbeitsplatz englisch zu sprechen. «Sie haben eine Woche Zeit, sich die Sache zu überlegen.» – «Und wenn ich ablehne?» – «Es würde mir sehr leid tun ... aber dann müsste ich auf Ihre Dienste verzichten.»

Eine lange, eine sehr lange Woche: Diskussionen mit der Ehefrau, schlaflose Nächte. Die gewohnte Umgebung nahm er nur noch wie durch einen Schleier wahr. Seine Frau wollte nicht nach Indien gehen und warf ihm schliesslich an den Kopf: «Du kannst wählen – zwischen mir und deiner Karriere!» Es gibt im Leben Wichtigeres als Arbeit. Peter beschloss, die Stelle in Bombay auszuschlagen und wurde arbeitslos. Er sagte sich, mit seiner Kompetenz und seiner Erfahrung fände er problemlos eine neue Stelle.

Doch die Monate verstrichen – und noch immer war keine Arbeit in Sicht. Selbstzweifel begannen an ihm zu nagen. Und als er das Haus verkaufen musste, gab er die Hoffnung auf. Zum Glück war er einer Vereinigung von Arbeitslosen beigetreten; dort hatten sie gemeinsam eine Risikokapital-Gesellschaft gegründet. So konnte er Jüngere auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten. Doch diese neuen Firmen standen auf zu schwachen Füßen, als dass er dort längerfristig hätte arbeiten können. Inzwischen ist er gewissermassen Berater für Firmengründungen, arbeitet sechs Monate lang hier, drei Monate lang dort.

* * * * *

Yvette hatte eine kaufmännische Lehre absolviert, dann war sie drei Jahre lang auf Arbeitssuche. Schliesslich besuchte sie einen Informatikkurs; in einem weiteren Kurs lernte sie, sich zu bewerben, sich bei Vorstellungsgesprächen zu präsentieren – «sich zu verkaufen», wie man sagt. Alles vergeblich. Zuweilen eine Antwort: «Sie verfügen nicht über die für die Stelle notwendige Berufserfahrung» oder: «Da unsere Firma regelmässig mit englischen Kunden oder Lieferanten korrespondiert, ist eine Anstellung bei uns leider nicht möglich.» Weshalb hatte sie eigentlich in der Schule so gebüffelt für ihr Englisch? Bei Antritt der Lehrstelle hatte man ihr versichert, sie könne nach Lehrabschluss in der Firma bleiben. Sie hatte es geglaubt. Aber als es dann soweit war, hatte ihr der Chef gesagt, leider habe er keinen Arbeitsplatz für sie, er lasse sie nur ungern ziehen, doch bliebe ihm keine andere Wahl, Bestellungseingänge wie Gewinnmargen seien unbefriedigend.

In ihrem kleinen Studio wusste Yvette nicht, was sie den lieben langen Tag tun sollte. Sie dachte daran, wieder zu ihrer Mutter zu ziehen, die allein lebte, doch konnte sie sich ein Zusammenleben mit ihr nicht mehr vorstellen.

Mit ihren Kolleginnen ging sie von Zeit zu Zeit ins Kino oder in ein Nachtlokal; insgeheim hoffte sie, dort der Liebe fürs Leben zu begegnen, doch was hatte sie anzubieten? Sie wusste es nicht. «Wenn man mich nicht einmal für vier oder acht Stunden am Tag brauchen kann, wer will mich dann für ein ganzes Leben?» So begann sie, von Reisen, von Sozialarbeit zu träumen, davon, sich nützlich zu machen, ein Restaurant zu eröffnen ... «Was wird morgen sein?» «Was wird aus mir werden?»

Dann eines Morgens auf der Strasse das Aha-Erlebnis. Zufällig stiess sie auf einen Demonstrationzug, organisiert im Rahmen eines Marsches gegen Arbeitslosigkeit quer durch Europa. Sie lernte Menschen aus Portugal, Spanien und Frankreich kennen. Da schloss sie sich ihnen kurzerhand an. So kam sie bis nach Amsterdam. Und dort erwies sich das gelernte Englisch als äusserst nützlich. Zwar ist die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union. Doch die Probleme, sind sie nicht überall gleich? Motiviert und voller Selbstvertrauen kehrte sie nach Hause zurück. Sie beginnt, aktiv in einer Arbeitslosenvereinigung mitzuarbeiten, dann in einer politischen Partei; schliesslich findet sie eine Teilzeitstelle auf dem Sekretariat einer Kontakt und Anlaufstelle für Obdachlose.

Einleitung

Soweit die drei Erfahrungsberichte. Einsamkeit und Verunsicherung, Sinnverlust und Lebensangst können viele Energien zunichte machen. Doch zuweilen vermag eine Begegnung, eine Kette von Ereignissen neue Perspektiven zu eröffnen und scheinbar bereits erloschenen Hoffnungen neuen Auftrieb zu geben.

«Ausgangspunkt der ökumenischen Konsultation ist das Los der Ärmsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft.»

Ausgangspunkt unserer Überlegungen und der Konsultation insgesamt ist das Los der Ärmsten und Schwächsten in der Gesellschaft, in der Schweiz – deshalb stehen die Erfahrungsberichte am Anfang. Dabei handelt es sich nicht bloss um Einzelschicksale, vielmehr widerspiegelt sich in ihnen exemplarisch eine Gesellschaft, eine Sozial- und Wirtschaftsstruktur, die es zu verstehen gilt, um neue Ansätze zu finden, neue Hoffnungen zu wecken.

Unsere Überlegungen gliedern sich in drei Teile: zuerst der Versuch, die gegenwärtige Lage zu verstehen (erster Teil); dann eine Beurteilung der gegenwärtigen Situation im Licht des christlichen Glaubens (zweiter Teil); schliesslich einige Denkanstösse für eine Zukunftsorientierung, die wir zur Diskussion stellen, also für Ihre eigenen Stellungnahmen (dritter Teil).

Mit der Konsultation wollen wir dazu beitragen, die aktuelle Situation und die jüngste Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Lage zu verstehen - und Werturteile, die hinter diesen Entwicklungen stehen, zu bedenken. Diese sollen mit jenen Werten und Gesichtspunkten in Beziehung gesetzt werden, denen wir uns letztlich mit Berufung auf unseren Glauben an Gott verpflichtet wissen.

Wir geben nicht vor, alles zu verstehen und alles zu wissen, geschweige denn, die Lösung für die von der Schweiz zu bewältigenden Probleme zu kennen. Deshalb ist

Ihr Beitrag wichtig. Die in den Text eingestreuten und am Schluss zusammengefassten Fragen sollen es Ihnen erleichtern, Ihre persönlichen Überlegungen anzustellen und sie in die Konsultation einzubringen. Denn: Gemeinsam müssen wir die Anstrengung einer Standortbestimmung auf uns nehmen, um dann nach einem Weg in die Zukunft zu suchen.

Erster Teil

Unsere soziale Lebenswelt verstehen

1. Umbrüche in unserer Gesellschaft

Der jahrelang anhaltende Wohlstand in der Schweiz beruhte nicht zuletzt auf einem Gesellschaftsvertrag, der konstruktive Lösungen von Interessenkonflikten erlaubte. Heute nun muss dieselbe Schweiz feststellen, dass der nationale Konsens fundamental in Frage gestellt wird. Das hat teilweise mit dem weltweit feststellbaren Wandel zu tun. Doch die Infragestellung ist auch darauf zurückzuführen, dass allmählich ein Gesellschaftsmodell an Gewicht gewinnt, das sich unmittelbar an dem inzwischen weltweit massgeblichen Wirtschaftsliberalismus orientiert.

1.1 Jahre des Wohlstands

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Schweiz eine Zeit beispiellosen Wachstums erlebt. Noch vor 40 oder 50 Jahren waren Waschmaschinen eine Seltenheit, steckte das Fernsehen in den Kinderschuhen, man konnte noch auf den Strassen spielen, es wurde zwar telefoniert, aber noch nicht schnurlos. An Computer und Fotokopierer dachte niemand. Technischer Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung, Vollbeschäftigung – daran glaubten alle, all das wurde Tatsache.

Die so entstandene Schweiz zeichnet sich aus durch eine liberale Wirtschaftspolitik. Die auf dem Binnenmarkt tätigen Unternehmen sind frei, sich abzusprechen, um sich vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Gewerkschaften und Arbeitgeber finden sich auf dem Boden des Arbeitsfriedens. Auf der einen Seite wird dadurch der Aufbau der Sozialwerke, insbesondere der AHV, ermöglicht, auf der anderen Seite werden die staatlichen Regulierungen auf ein striktes Minimum beschränkt, wobei es den Sozialpartnern überlassen bleibt, die Arbeitsbedingungen festzulegen. Im Föderalismus geniessen Kantone und Gemeinden weitgehende Autonomie; die Fiskaleinnahmen werden auf Bund, Kantone und Gemeinden verteilt. Die Schweiz erlebt eine noch nie dagewesene Periode politischer und wirtschaftlicher Stabilität, die in einem allgemein akzeptierten Gesellschaftsvertrag gründet. Der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit wird überwunden durch die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern; der Interessenkonflikt zwischen dem exportorientierten und dem binnenorientierten Wirtschaftssektor wird dadurch gelöst, dass die Aussenpolitik in der innenpolitischen Diskussion praktisch keine Rolle spielt; der Interessenkonflikt zwischen Mittelland und Bergregionen wird abgefedert durch den vom Bund geleisteten Finanzausgleich und die von den grossen Bundesbetrieben vergebenen Aufträge.

«Die Schweiz hat eine noch nie dagewesene Periode politischer und wirtschaftlicher Stabilität erlebt, die in einem allgemein akzeptierten Gesellschaftsvertrag gründete.»

Dieser Gesellschaftsvertrag wurde von allen mitgetragen. Er hat die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt: eine lange Zeit der Vollbeschäftigung und des Wohlstands für mehr oder weniger alle. Jahr für Jahr ergab sich aus dem Wachstum ein Überschuss, mit dem die hohen Löhne, die erste und dann die zweite Säule der Altersvorsorge, die Autobahnen, die Armee und der Zivilschutz sowie zahllose Unterstützungsleistungen finanziert werden konnten. Doch wies der Gesellschaftsvertrag Lücken auf. Vergessen gingen jene, die ihn nicht zu beeinflussen vermochten: die Frauen, die künftigen Generationen, die Bewohner von Entwicklungsländern, die Gastarbeiter. Sie alle profitierten nur indirekt von dem wohlstandsgesicherten inneren Gleichgewicht.

1.2 Die Schweiz im Sog des weltweiten Wandels

Den Preis für die Krise der siebziger Jahre bezahlten vorab Ausländer und Frauen. Damals blieb die Schweiz von Arbeitslosigkeit verschont, weil Zehntausende von ausländischen Arbeitskräften, Grenzgängern und Frauen entlassen wurden. Um diesen Preis blieb der Gesellschaftsvertrag intakt. Erst seit Beginn der neunziger Jahre ist die Schweiz gezwungen, ihr inneres Gleichgewicht neu zu überdenken.

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Spielregeln verändert. Der Wandel machte sich zuerst international bemerkbar. In den siebziger Jahren setzte die Liberalisierung der Finanzmärkte ein; damit eröffnete sich den Weltkonzernen die Möglichkeit, ihre Anlagepolitik nicht mehr an nationalen, sondern an internationalen Kriterien zu orientieren. Ebenfalls weltweit wurde der Handel mit Waren und Dienstleistungen liberalisiert. Dank der Entwicklung planetärer Kommunikations- und Transportsysteme ist es einfacher geworden, Produktion, Forschung, Kauf und Verkauf von einem Kontinent auf den anderen zu verlagern. Seit die kommunistischen Regimes in Europa zusammengebrochen sind und seit die übrigen kommunistischen Länder ihre Wirtschaft mehr oder weniger liberalisiert haben, kann keine Region sich dieser Entwicklung entziehen.

«Die Liberalisierung der Weltmärkte zwingt zu technologischer Innovation.»

Ebenfalls beschleunigt hat sich der Rhythmus der technologischen Innovationen. Die zunehmende Liberalisierung der Weltmärkte zwingt zur Innovation. Zur Gewinnung neuer Marktanteile gilt es, entweder neue Produkte oder Dienstleistungen anzubieten oder die bereits bestehenden zu verbilligen. Dafür sind neue Technologien erforderlich. Dank ihnen können Güter und Dienstleistungen kostengünstiger produziert oder bestehende Güter qualitativ verbessert werden. Als Beispiele seien erwähnt: elektronische Uhren, Autos mit Extras aller Art, sparsamere und ökologischere Kühlschränke, CD-Player und CDs. Versicherungen und Banken wiederum schöpfen das Potential der neuen Technologien maximal aus: für Einsparungen bei Kundendienstleistungen oder für die Diversifizierung des Angebots. Die Wegrationalisierung zahlloser Arbeitsplätze und ein tiefgreifender Strukturwandel sind die Folgen davon.

Frage 1**Hat sich Ihre persönliche soziale Lage in den letzten zehn Jahren verändert?**

1.3 Abschied vom bisherigen Gesellschaftsvertrag

So ist der für die Schweiz typische Gesellschaftsvertrag in Brüche gegangen. Die Unterscheidung zwischen einem mit dem Aussenhandel verbundenen Wirtschaftssektor und einer davon getrennten Binnenwirtschaft ist hinfällig geworden. Auch der Binnenmarkt hat sich den Bedingungen und Zwängen des Weltmarkts anzupassen. Das wirkt sich unmittelbar auf die innenpolitische Debatte aus. In ihr hat die Aussenpolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Mehrere wichtige aussenpolitische Entscheidungen wurden in den letzten Jahren getroffen: über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), über den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO als Nachfolge des GATT) sowie - ablehnend - über den Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Gegen alle diese Vorhaben wurde das Referendum ergriffen, und sie mussten in Volksabstimmungen entschieden werden und haben damit stark auf die innenpolitische Situation eingewirkt. Gleichzeitig werden aber auch innenpolitische Fragen immer öfter auch aussenpolitisch relevant: Umwelt- und Verkehrspolitik, Migration und nationale Sicherheit, Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Währungspolitik.

Ein weiteres Anzeichen dafür ist das veränderte politische Kräfteverhältnis auf Bundesebene. Bauern, Handels- und Industrieverbände machen zunehmend Vertretern der internationalen Hochfinanz und Direktionsmitgliedern von Weltkonzernen Platz. Diese neuen Kräfte bestimmen die politische Agenda der Schweiz, indem sie zuerst Tatsachen schaffen und dann politisch die Forderung erheben, die Bundesgesetze seien den weltweit geltenden Liberalisierungsnormen anzupassen.

«Neue Kräfte bestimmen die politische Agenda der Schweiz mit der Forderung, die Bundesgesetze seien den weltweit geltenden Liberalisierungsnormen anzupassen.»

Dieser erste Einbruch ins politische Gefüge unseres Landes destabilisiert die übrigen Elemente des nationalen Konsenses. Der soziale Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist gefährdeter denn je. Auf der einen Seite wird ein Abbau oder mindestens ein Moratorium in der schweizerischen Sozialpolitik gefordert, auf der anderen Seite wird ein Ausbau angestrebt oder wenigstens auf Besitzstandswahrung gepocht.

Auch das Gleichgewicht zwischen den Landesteilen ist brüchiger geworden. Die grossen, weltweit tätigen schweizerischen Unternehmen erachten es nicht mehr für nötig, dem subtilen Gleichgewicht zwischen den Sprachregionen oder zwischen Stadt und Land Rechnung zu tragen.

Angesichts dieser Umwälzungen scheint der Spielraum der öffentlichen Hand gering. Die Rolle des Staates wird geschwächt, weil auf allen Ebenen die Finanzmittel nicht ausreichen zur Deckung der Ausgaben. Bei jedem Versuch, die Staatseinnahmen zu erhöhen, macht die Opposition geltend, die entsprechende Abgabe gefährde den

Wirtschaftsstandort Schweiz. Das zwingt die politischen Behörden dazu, die Ausgaben zu einem Zeitpunkt zu drosseln, da alle vom Staat Unterstützung einfordern: für die Versicherungen, für das Gewerbe, für die Ausbildung, für die Bergregionen, für den Wirtschaftsaufschwung ...

Der Wandel wirkt destabilisierend, und der Abschied von Besitzständen und Gewissheiten ist nicht einfach. Die individuelle und kollektive Identität ist in Frage gestellt. Als Reaktion darauf erheben sich Stimmen, die die Ausländer für diese Verunsicherung verantwortlich machen und kategorisch auf den Sonderfall Schweiz pochen.

Dennoch ist der Wandel nicht einfach negativ zu beurteilen. Vielmehr zwingt er alle Teile der Gesellschaft, also auch uns, die Kirchen, darüber nachzudenken, welche Gesellschaft wir in Zukunft wollen. Der Dialog und die Suche nach neuen Lösungen sind dann ein Weg, um eine zukunftsfähige Identität heranzubilden.

Frage 2

Welche sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen machen Ihnen Angst?

Welche wecken bei Ihnen dagegen Vertrauen und Hoffnung?

1.4 Der Wandel und seine Folgen

Ein gewichtiges Argument derjenigen, die den bisher geltenden Gesellschaftsvertrag nicht mehr aufrecht erhalten wollen, ist, es sei unbedingt nötig, sich an die Weltwirtschaft anzupassen. Dort hat das auf nationaler Ebene eingeführte Regelwerk noch nie Geltung gehabt. Deshalb können wir schon heute auf weltweiter Ebene beobachten, was auf uns zukommen würde, sollten wir uns schlicht und einfach anpassen.

Die heutige Situation ist weltweit geprägt von sozialer Ungleichheit. Im Jahr 1960 war das reichste Fünftel der Weltbevölkerung noch 30mal reicher als das ärmste Fünftel, im Jahr 1994 hingegen war es 78mal reicher, und dieses reichste Fünftel verfügte über 85 % der Reichtümer des Planeten. Allein das Vermögen der 358 reichsten Personen entspricht heute dem Gesamteinkommen von 45 % der ärmsten Bewohner der Erde, also von 2,3 Milliarden Menschen.

Auch die Industriestaaten sind von verschärften Einkommensungleichheiten nicht verschont geblieben. Sie zählen mittlerweile 100 Millionen Arme, darunter 30 Millionen Arbeitslose und 5 Millionen Obdachlose.

Die 200 bedeutendsten Weltkonzerne erzielen für sich allein einen Umsatz, der einem Viertel der Weltwirtschaft entspricht, wobei sie lediglich 0,75 % der weltweiten Arbeitskräfte beschäftigen.

«Bis zu 710'000 Menschen leben in der Schweiz in Armut.»

In der Schweiz wurden zwischen 1990 und 1995 bei gleichbleibendem Bruttosozialprodukt pro Einwohner 250'000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Hier erzielte das reichste Fünftel der Bevölkerung 1982 36,1 % des Einkommens und 1992 37,4 %. Der Einkommensanteil der ärmsten 20% sank in dieser Zeit von 12,8%

auf 11,8%. In den achtziger Jahren stieg das Lohneinkommen um 45 %, während gleichzeitig die Unternehmensgewinne um 90 % und die Aktionärsdividenden um 80 % stiegen. Heute sind ungefähr zwei Dritte des steuerbaren Vermögens im Besitz der reichsten 10 % der Bevölkerung. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung verfügt über kein Vermögen oder hat Schulden. In der Schweiz leben, je nach Armutsdefinition, bis zu 710'000 Menschen in Armut.

2. Aufgezwungene Normen

Die Verfechter des Neoliberalismus fordern angesichts der als unvermeidlich verstandenen Globalisierung die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen an die Weltmärkte. Dabei machen sie hauptsächlich zwei Werte geltend: Freiheit und Verantwortung für die Zukunft. Diese positiv wirkende Argumentation verdeckt eine weniger positive Realität. In den folgenden Zeilen versuchen wir, etwas hinter die Argumentation zu leuchten und einige unerwünschte praktische Folgen aufzuzeigen. Es wird sich herausstellen, dass sie dramatisch sind für den vereinzelt, auf sich selbst gestellten Menschen, der sich allein behaupten muss.

2.1 Zwang zur Freiheit

Die wirtschaftspolitische Forderung ist klar: die wirtschaftlichen Akteure brauchen mehr Freiheit, um auf immer schwierigeren Märkten immer noch konkurrenzfähiger zu sein. Der Wirtschaftsstandort Schweiz muss seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, um seinen Rang unter den Industrienationen halten zu können. Freiheit ist im Hinblick auf den Wettbewerb nötig: mehr Freiheit für mehr Wettbewerb.

Im Alltag beginnt das bereits in der Schule. Nach Schulabgang stehen die Lehrlinge, die künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegeneinander im Wettbewerb. Nur die Besten werden eine der rarer gewordenen Lehrstellen erhalten.

Das gleiche spielt sich zwischen den Unternehmen ab. Es wird alles daran gesetzt, um neue Marktanteile zu gewinnen. Nur die Besten werden überleben, die anderen sind dem Untergang geweiht. Wie auf den Druck reagieren? Indem man sich ihm beugt, also die Kosten maximal reduziert, neue Produkte entwickelt, neue Technologien einsetzt. Es gilt, den Gesetzen des Markts zu gehorchen.

Auch die Gemeinwesen können sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Wettbewerb herrscht etwa zwischen Kantonen und Gemeinden, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen geht, die Arbeitsplätze schaffen. Der Bund wiederum wird von jenen Kreisen unter Druck gesetzt, die behaupten, ohne Deregulierung, ohne Moratorium beim Ausbau der Sozialwerke, ohne Senkung der Lohnkosten, ohne Privatisierung werde die Schweiz verarmen, Marktanteile verlieren, in eine Periode des Niedergangs schlittern.

«Gilt: Wer keine Leistung erbringt, ist nichts wert?»

Wer auf dem Markt bestehen will, der muss sich verkaufen. Wer sich verkaufen will, der muss Opfer hinnehmen. In den letzten Jahren ist der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch auf viele Unternehmen grösser geworden. Frauen beispielsweise, die auf Abruf in den Warenhäusern arbeiten, haben oft keine Wahl. Sie müssen Geld verdienen, damit sie leben können, sie und ihre Kinder. Doch um welchen Preis? Von Woche zu Woche wissen sie nicht, wann

sie arbeiten und wieviel sie verdienen werden. Wie können unter solchen Umständen der Alltag und das Familienleben geplant werden: Kinder von der Schule abholen, Mahlzeiten oder Wäsche organisieren? Wie wissen, wovon in den kommenden Wochen leben, wenn nicht einmal das eigene Einkommen bekannt ist?

So verbirgt sich hinter dem Ruf nach Freiheit viel Gewalt. Um des Vorteils willen werden Menschen und werden Länder gegeneinander ausgespielt. Unter der Gewalt der Leistungsfähigkeit scheinen sich die Maximen durchzusetzen: «Nur die Leistungsfähigsten stehen auf der Gewinnerseite.» «Wer keine Leistung erbringt, ist nichts wert». «Ist ein Unternehmen nicht leistungsstark, so ist es zum Untergang verurteilt.» «Ist die Schweiz nicht leistungsstark, wird sie vom Weltmarkt verdrängt.»

2.2 Appell an die persönliche Verantwortung

Die persönliche Verantwortung ist eine der wichtigsten Grundlagen für das Zusammenleben. Aber in den gegenwärtigen Diskussionen wird die persönliche Verantwortung oft individualistisch verengt - die Bedeutung der solidarischen Verantwortung droht, missachtet zu werden. Dem Trend zur «Privatisierung» der Verantwortung entspricht, dass sich das Individuum «allein» für die Wechselfälle des Lebens abzusichern habe; es soll allein für sein Schicksal verantwortlich sein. Es müsse seine Gesundheitskosten im Griff haben. Um sicherzugehen, dass es verantwortungsvoll handelt, wird die Franchise der Krankenversicherung so stark erhöht, dass es sich bewusst wird, was die von ihm konsumierten Medikamente kosten. Es soll auch für die eigene Altersvorsorge besorgt sein: Alle müssen soviel zur Seite legen, wie sie im Alter brauchen werden. Deshalb scheint es einigen angezeigt, das Obligatorium der beruflichen Altersvorsorge aufzuheben.

Aber: Wer ist denn schon in der Lage, sich allein für die Zukunft abzusichern? Um für die Wechselfälle des Lebens gewappnet zu sein, braucht es Zeit, um sich umfassend zu informieren und die Dinge zu überlegen. Es braucht genügend Mittel, um vorsorgen zu können, und Geschick, um die sich bietenden Möglichkeiten zu ergreifen, um zu verhandeln. Doch nicht alle verfügen über diese Voraussetzungen oder sind dazu in der Lage. Die auf Abruf arbeitende Frau zum Beispiel kann nicht ein besseres Arbeitsangebot abwarten und für die alten Tage sparen, wenn zwischen zwei Arbeitsperioden das Geld schon heute kaum ausreicht.

«Wer ist in der Lage, sich allein für die Zukunft abzusichern?»

Für all diese Menschen in einer schwachen Position sind Kollektivverträge abgeschlossen worden, wurde für die AHV und andere Sozialversicherungen gekämpft, wurde schliesslich das Obligatorium der Pensionskassen verwirklicht. Es ging darum, der grösstmöglichen Zahl von Personen ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Mit Hilfe solcher Mechanismen wird die solidarische Verantwortung in die Pflicht genommen. Wer nur auf die Defizite von Staat und Sozialwerken verweist, auf die Notwendigkeit, zur Wettbewerbserleichterung die Regeln zu lockern, stellt diese sozialen Errungenschaften in Frage. Bei allem unbestrittenen Bedarf, veraltete Regulierungen aufzuheben - soll damit die individuelle Verantwortung die kollektive Verantwortung gänzlich verdrängen? Dürfen persönliche Interessen einfach mit den gemeinsamen Interessen gleichgestellt werden?

3. Gängige Mythen

Verhaltensregeln stützen sich häufig auf Mythen. Mythen sind Erzählungen, Erklärungen oder Aussagen, auf denen Verhalten und Handlungen gründen und die selbst dann für wahr oder unanfechtbar gehalten werden, wenn sie von den Fakten widerlegt werden. Lange haben die westlichen Gesellschaften geglaubt, sie hätten sich der Mythen entledigt. Doch jede Gesellschaft, jeder Gesellschaftsentwurf bringt eigene Mythen hervor.

3.1 *Der Mythos vom reinen Markt*

Behauptet wird, ein vollständig liberalisierter Markt sei optimal effizient und tendiere zum Gleichgewicht. Gemeint ist damit, dass unternehmerische Effizienz mit der «gesellschaftlichen Effizienz» automatisch übereinstimmt. Vorausgesetzt ist, dass alle Akteure - wie im theoretisch ideal funktionierenden Markt - umfassend über den Markt orientiert seien, auf dem sie ihre eigene Arbeitskraft anbieten, Nahrungsmittel oder Autos kaufen, Versicherungen abschliessen oder Bankgeschäfte tätigen. Weiter ist damit unterstellt, alle Akteure würden rational handeln, würden ihre Gefühle, ihre momentanen Vorlieben frei von Zwängen in wirtschaftliches Handeln, zum Beispiel einen Kauf, umsetzen. Schliesslich lässt der Mythos vergessen, dass am realen Markt die Voraussetzung völliger Gleichstellung seiner Akteure nicht zutrifft: Nicht alle verfügen zum selben Zeitpunkt über dieselben Informationen, über dieselbe Kaufkraft für den Konsum, über grundsätzlich dieselben Möglichkeiten für Produktion und Leistungsangebot, über dieselben Handlungsmöglichkeiten.

«Der Mythos lässt vergessen, dass am realen Markt die Voraussetzung völliger Gleichstellung der Akteure nicht zutrifft.»

Nehmen wir als Beispiel den Arbeitsmarkt. Er gibt den Ausschlag, denn für die überwiegende Mehrheit verschafft er allen Zugang zur Kaufkraft, der unabdingbaren Voraussetzung, um auf den übrigen Märkten aktiv zu werden. Gemäss der reinen Marktlogik sollten auch jene, die keinen Rappen Reserven besitzen, auf diesem Markt frei handeln und eine rationale Wahl treffen können - auch sie sollten die ihren Kompetenzen und ihren Interessen am besten entsprechende Arbeit auswählen können. Gemäss diesem Mythos könnten sie Flexibilität beweisen und wären trotzdem nicht der Not ausgeliefert, die erste beste Arbeit zu den ihnen auferlegten Bedingungen annehmen zu müssen.

Bei aller Liberalisierung der Märkte zur Steigerung ihrer Effizienz: Können nicht mächtige Akteure, die sich nur an der Profitmaximierung orientieren, bewirken, dass der Markt - der Finanzmarkt, der Markt für Unternehmen - aus dem Gleichgewicht gebracht wird? Die Geschichte kennt Spekulation zum längerfristigen Wohl von Produzenten und Konsumenten. Aber kennt sie nicht auch Beispiele etwa von Getreidehändlern, die ihre Vorräte zurückbehalten haben, um Knappheit und damit Hunger auszulösen, um einen Preisanstieg zu bewirken, der nicht den wirklichen Verhältnissen entsprach und darum Gewinne zum Schaden anderer versprach? Spielt sich ähnliches auf den Finanzmärkten ab, wo Aktienkurse steigen, wenn die entsprechenden Firmen Arbeitnehmende entlassen?

In der wirtschaftlichen Praxis aller Länder sind die Märkte nie völlig sich selbst überlassen worden. Auch in der Marktwirtschaft konnte keine Gesellschaft darauf verzichten, Regelungen vorzusehen, die verhinderten, dass die Freiheit der Märkte

missbraucht und damit die Marktfreiheit selbst ins Gegenteil verkehrt wird. Jede Gesellschaft schreibt darum den Märkten Regeln vor. Wichtig ist, dass sie zwar der wirtschaftlichen Wirklichkeit Rechnung tragen, aber nicht von den Gesetzen der Wirtschaft diktiert, sondern politisch, sozial, kulturell oder religiös motiviert sind. Auch in unserer Gesellschaft ist das nicht anders. Die Regeln zur Einschränkung des Wettbewerbs oder zum Schutz der Menschen vor den Zufällen der Märkte gründen auf dem Entscheid für eine bestimmte Politik, für eine bestimmte Gesellschaftsvision. Und das sollte heute anders sein?

3.2 Der Wachstumsmythos

Zu den gängigen Mythen gehört, unser Wirtschaftssystem benötige Wachstum. Folglich seien die wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf Wachstum auszurichten. Doch Wachstum für welche Güter und Dienste, für wen, in welche Richtung und bis zu welchem Punkt?

Zahlreiche Regionen der Erde brauchen tatsächlich wirtschaftliches Wachstum, weil sie arm sind, weil sie zuwenig Güter haben, um notwendigen Bedarf zu decken. Doch was sind die lebensnotwendigen Bedürfnisse (Essen, Wohnen, Kleidung, materielles und kulturelles Wohl)? Und wenn sie einmal gestillt sind, wozu dient Wachstum noch? Es gilt, Nahrungsmittel zu produzieren, um den Hunger zu stillen; es ist nützlich, Geld zu verdienen, um die eigenen Bedürfnisse zu decken. Doch wozu dient es, Geld zu verdienen, um noch mehr Geld zu verdienen? Geld steht im Ruf, immer nützlich zu sein, weil mit Geld alles gemacht werden kann. Doch diese Spirale ist endlos: Geld haben, um mehr Geld zu haben, führt nicht zu besserer Bedarfsdeckung - wohl aber zu wirtschaftlicher Macht. Schränkt die Macht der einen nicht die Freiheit anderer ein? Macht sie nicht selbst unfrei, weil es nicht mehr möglich ist, aus der Spirale des «Mehr» auszusteigen, ohne die errungene Stellung preiszugeben? Mit dem Wachstum von Unternehmen und Volkswirtschaften scheint es sich ähnlich zu verhalten. Wachstum um des Wachstums willen. Ohne Wachstum droht das wirtschaftliche System, dem wir den Wohlstand verdanken, in sich zusammenzufallen.

Ist es nicht erstaunlich, dass gerade im Namen des Wachstums akzeptiert wird, dass diejenigen eine Einkommenseinbusse erleiden, die ihre Arbeit verloren haben oder eine weniger gut bezahlte Arbeit annehmen müssen? Und was ist von all jenen zu halten, denen der Zugang zum Wirtschaftskreislauf verwehrt ist, weil sie kein Geld haben? In dieser Welt leben 1,3 Milliarden Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag. Wann wird ihr Einkommen steigen?

«Sind die lebensnotwendigen Bedürfnisse einmal gestillt, wozu dient Wachstum noch?»

Und wenn es erneut zu merklichem Wachstum kommt? Erst eine andauernde Steigerung, so die Meinung zahlreicher Experten, würde einen Aufschwung mit deutlich positiven Folgen für die Beschäftigungslage bringen. Die Arbeitsproduktivität nimmt derart zu, dass es auch bei merklichem Wachstum Jahre brauchen wird, um die verlorenen Arbeitsplätze zurückzugewinnen.

Die Wirtschaft hängt nicht nur von der menschlichen Arbeit, von der Technologie und vom Kapital ab, sondern auch von den natürlichen Ressourcen, insbesondere von der Energie. Dabei verschlechtert sich die Qualität der verfügbaren Energie mit der

Verwendung: Zwar geht die Energie des in den Autos verbrannten Treibstoffs nicht verloren, aber sie verteilt sich derart und wandelt sich um, dass sie nicht mehr zurückgewonnen werden kann. Die Sonne ist die einzige Energiequelle, die ausserhalb der Erde liegt und diese bereichert. Unser System des Wirtschaftens schöpft also Ressourcen aus der Natur, insbesondere fossile Energieträger und Rohstoffe, belastet sie mit den Abfällen, die wir in die Natur zurück weg- bzw. zurückwerfen. Weil dies nicht endlos möglich ist, muss unser Wirtschaften den Grenzen Rechnung tragen, welche in der natürlichen Umwelt, der die Menschen das Leben verdanken, gesetzt sind. Es gibt folglich eine physikalische Grenze des Wachstums zu beachten: die Grenze der Erde als Raum alles Lebendigen.

Frage 3

Die Ökumenische Konsultation geht davon aus, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft schwierig geworden ist. Welches ist Ihre Einschätzung der Situation?

4. Schlussfolgerung des ersten Teils

Der «reine Markt» als gültiges Modell für die wirtschaftliche Wirklichkeit, die Erwartung, dass Wachstum schlechthin die Probleme der Zukunft überwinden werde, sind Mythen - für wahr gehaltene Behauptungen, in die Selbstverständlichkeiten eingepflanzt und so leicht der kritischen Prüfung entzogen. Sie dienen der Rechtfertigung gewisser Verhaltensregeln und weisen bestimmte Massnahmen für Politik und Wirtschaft als scheinbar verbindlich aus - etwa bedingungslose Anpassung an die Globalisierung, Deregulierung und Privatisieren schlechthin. So steht man einer vermeintlich schlüssigen Argumentation, ja einem Lehrgebäude gegenüber, das dem öffentlichen Bewusstsein eine bestimmte Sicht der Welt und der Zukunft aufdrängt. Diese Argumentation stellt sich dar, als ob sie allein den liberalen Grundsätzen, denen sich viele verpflichtet wissen, entsprechen würden. Entsprechend müsste die Wirtschaft die entscheidende Rolle spielen und der Politik deutlich zeigen, welche wirtschaftspolitischen Mittel mit der Freiheit vereinbar seien und den wirtschaftlichen Kräften zur vollen Entfaltung verhelfen würden. So wird ein ideologisiertes System mit seinen Sachzwängen über die Menschen, ihre Gestaltungsfreiheit und ihre Verantwortung gestellt.

Unsere Argumentation verläuft genau umgekehrt. Es ist in erster Linie Sache der Glieder dieser Gesellschaft, also Ihre und unsere Sache, gemeinsam diese Grundsätze, das heisst, die für die politischen Entscheidungen leitenden Werte und Ziele festzulegen. Es ist dann Aufgabe der Politik, der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu setzen, damit diese die für die Umsetzung dieser gemeinsam festgelegten Grundsätze notwendigen Reichtümer effizient produzieren und verteilen kann.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Zweiter Teil

Die gegenwärtige Situation im Licht des christlichen Glaubens beurteilen

Die Zukunft ist für die christliche Gemeinschaft Hoffnung und Aufgabe zugleich. Die Kirchen und ihre Mitglieder sind Teil dieser Gesellschaft. Als solche übernehmen sie Verantwortung und sind bestrebt, ihren eigenen Beitrag zur politischen Debatte zu leisten. Sie mischen sich also ein - und zwar vom Evangelium her. Denn für sie ist Gott der Schöpfer, sein Sohn Jesus Christus der Erlöser. Sie glauben an den Heiligen Geist, der das Antlitz der Welt erneuert. Das Reich Gottes ist im Kommen und wirkt in die Gegenwart hinein. Die Kirchen und die einzelnen Gläubigen wollen dies bezeugen, indem sie an einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen mitarbeiten.

In diesem zweiten Kapitel erfolgt ein christlicher Zugang zu Fragen der Gesellschaftsgestaltung in der Schweiz. Die dabei vorgeschlagene theologische Reflexion vermag selbstverständlich den Reichtum der christlichen Botschaft nicht auszuschöpfen - andere Zugänge können sie ergänzen.

«Das Reich Gottes ist im Kommen und wirkt in die Gegenwart hinein.»

Die Orientierung im Hinblick auf einen neuen Gesellschaftsvertrag vom Evangelium her erfolgt auf drei verschiedenen Wegen. Kapitel 1 bringt eine Reflexion über die Aufgabe der Kirchen und der Christinnen und Christen angesichts der im Ersten Teil aufgezeigten sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Kapitel 2 versucht, von der neutestamentlichen Vision und der Verheissung des Reiches Gottes her Gesichtspunkte zu gewinnen, die bei der Vereinbarung eines neuen Gesellschaftsvertrages wegleitend sein können. In Kapitel 3 wird die Suche nach Kriterien der Gesellschaftsgestaltung mit dem Gebet der Christenheit, dem „Unser Vater“ in Beziehung gesetzt. Ergänzend werden anschliessend weitere Bibelstellen vorgeschlagen, die sich für ein Nachdenken über den neuen Gesellschaftsvertrag einzeln oder in Gruppen eignen.

1. Unser Auftrag

Welches ist der Auftrag der Kirchen und was können sie zur Verbesserung der beschriebenen schwierigen Situation beitragen? In der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Kirchen und Gemeinden gehen die Meinungen diesbezüglich weit auseinander. Die Schweizer Bischofskonferenz und der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes verstehen den Auftrag der Kirchen in folgender Weise:

1.1 Für eine Gesellschaft eintreten, die niemanden ausschliesst

Die grosse Hoffnung, von der wir Christinnen und Christen leben, heisst im Evangelium «Reich Gottes». Gemeint ist ein gelingendes Leben der Einzelnen, ein gerechtes Zusammenleben in der Gemeinschaft, ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein guter Umgang mit der Natur, getragen vom Vertrauen in die

befreiende Lebensmacht Gottes. Niemand soll aufgrund der Nationalität, der Religionszugehörigkeit, des Geschlechts oder aus anderen Gründen von diesem «Leben in Fülle» ausgeschlossen werden. Das «Leben in Fülle» bezieht sich indessen nicht nur auf die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der weltlichen Existenz; aber indem es über die zeitliche Dimension hinausweist, schliesst es diese ein. Deshalb folgt aus unserem Zeugnis für das «Leben in Fülle» das Engagement in sozialen und wirtschaftlichen Fragen für ein gelingendes Leben.

«Aus dem Zeugnis für die «Fülle des Lebens» folgt das Engagement in sozialen und wirtschaftlichen Fragen für ein gelingendes Leben.»

Aus der Hoffnung auf das Reich Gottes, das Jesus Christus allen versprochen hat, erwächst uns als Kirchen, Gemeinden und Einzelne ein besonderer Auftrag. Dieser Hoffnung Ausdruck geben, heisst insbesondere, uns für die Lebensgrundlagen der Armen und Notleidenden, für das Recht der Schwachen und Stimmlosen und für die Würde der gesellschaftlich Verachteten einzusetzen. Das diakonische Handeln mit und für Menschen ist ein Teil dieses Auftrags. Darüber hinaus geht es aber auch um die aktive Beteiligung an der öffentlichen Diskussion, wo es für den Grundsatz einzustehen gilt, dass die Stärke jeder Gesellschaft daran zu messen ist, wie sie mit den Schwachen umgeht.

1.2 Den Dialog fördern

In unserem Land gehört eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einer der grossen Kirchen an. Die Kirchgemeinden und Pfarreien bestehen aus Frauen und Männern mit und ohne Erwerbsarbeit, aus Jungen und Alten, aus ArbeitnehmernInnen und Arbeitgebern, aus Hochqualifizierten und wenig Ausgebildeten, aus Leuten mit verschiedensten politischen Auffassungen und gesellschaftlichen Vorstellungen.

Die Vielfalt ist eine gute Voraussetzung für einen glaubwürdigen und konstruktiven Beitrag zum Dialog zwischen den verschiedenen Beteiligten und Akteuren. Mit der Einladung zu einem ernsthaften, fairen und lösungsorientierten Dialog über die Ziele unserer Gesellschaft nehmen wir die breite Abstützung der Kirchen in allen Teilen der Bevölkerung, aber auch den Auftrag ernst, uns für die Erneuerung des Gesellschaftsvertrages einzusetzen. Wie soll das geschehen? Es sollen an möglichst vielen Orten und auf allen Ebenen Gesprächsplattformen und «runde Tische» eröffnet werden für alle Menschen guten Willens. Dazu ist es wichtig, dass jede und jeder ihre und seine Anliegen frei und ohne Angst vortragen kann.

«Es ist wichtig, dass jede und jeder ihre und seine Anliegen frei und ohne Angst vortragen kann.»

Wirkliche Verständigung über den verbindlichen Inhalt eines neuen Gesellschaftsvertrages ist nur möglich, wenn eine ernsthafte Dialogbereitschaft vorliegt und eine gute Gesprächskultur gepflegt wird.

1.3 Die eigene Stimme erheben

In diesem Dialog über einen neuen Gesellschaftsvertrag sind die Kirchen auch selbst zur Stellungnahme herausgefordert. Das gemeinsame biblische Erbe ist reich an Aussagen zu Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit. Auf der

Grundlage dieses Erbes haben die Kirchen und kirchlich verankerte Gruppen und Bewegungen in der Geschichte immer wieder Stellung bezogen und die Initiative zu Veränderungen ergriffen. Diese Interventionen waren manchmal fragwürdig und widersprüchlich, haben aber oft Gutes bewirkt und neue Entwicklungen angestoßen: In den Bereichen Schule und Ausbildung, der Krankenpflege und Fürsorge, in der Entwicklungszusammenarbeit und in der weltweiten Solidarität. Neben den konkreten diakonischen Aktionen haben sich die Soziallehre der katholischen Kirche und die Sozialethik der reformierten Kirchen entwickelt. Es ist erfreulich und für die Glaubwürdigkeit der Kirchen wichtig, dass viele entsprechende Äusserungen, Stellungnahmen und Tätigkeiten der Kirchen heute ökumenisch erarbeitet und koordiniert werden.

Frage 4

Was ist Ihrer Meinung nach der Auftrag der Kirchen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz?

2. «Sucht zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit» (Mt 6,33)

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Diskussionspapiers das gesamte biblische und geschichtliche Erbe der Kirchen im Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen darzustellen. Die fünf Bücher Mose, das Eingangstor zur christlichen Bibel wie zur Bibel Israels, sind reich an Texten, die für das Volk Gottes eine Rechtsordnung setzen, in der die Armen, die Schwachen, die Fremden und die Benachteiligten geschützt und der Ausbeutung der Arbeitskraft Grenzen gesetzt werden. Die Propheten in Israel haben im Namen Gottes Ungerechtigkeit, verantwortungslosen Luxus, Ausbeutung und Unterdrückung der Ohnmächtigen und Armen durch die Reichen und Mächtigen oft scharf kritisiert und sie mit der Vision einer Gesellschaft konfrontiert, in der Gerechtigkeit und Frieden das Zusammenleben bestimmen. Auch andere biblische Schriften erinnern immer wieder daran, dass die Menschen sich zwar an Wohlstand und Erfolg freuen dürfen, das Entscheidende im Leben aber nicht im Materiellen allein gesucht werden darf. Dieses Erbe wird auch in den Schriften des Neuen Testaments und insbesondere in den Evangelien aufgenommen. Die Botschaft und das Leben von Jesus von Nazareth standen im Dienst am «Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit» (Mt 6,33).

«Das Entscheidende im Leben darf nicht im Materiellen allein gesucht werden.»

Jesu Vision von einer anderen Welt und einer erneuerten Gesellschaft weist über das hinaus, was Menschen geschichtlich verwirklichen können. Gerade darin ist sie für die Kirchen und die einzelnen Christinnen und Christen Quelle der Ermutigung und Massstab, um die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Schweiz im Geist des Evangeliums mitzugestalten.

Allerdings ist zu bedenken, dass Mose, die Propheten und Jesus in einer anderen Zeit und in einer anderen Situation lebten und lehrten. Wir können deshalb von der Bibel keine unmittelbaren Antworten und schon gar keine Rezepte für die aktuellen Probleme erwarten. Wohl aber bieten uns das biblische Erbe, der Glaube an Jesus Christus und die Erinnerung an sein Wirken andere Kriterien, Ziele und Werte für die

Gesellschaft an, als dies die Sachzwänge und Mythen der Marktwirtschaft tun, von denen oben die Rede war.

2.1 Eine Tischgemeinschaft, die niemanden ausschliesst

Vom Reich Gottes hat Jesus meist in Bildern und Gleichnissen gesprochen. Sie knüpften an die Lebenswelt seiner Hörerschaft an und nahmen ihre Erfahrungen als Bauern, Hausfrauen oder Fischer, ihre Sorge um die Nahrung für den nächsten Tag und ihre Hoffnungen auf eine andere, weniger harte und ungerechte Welt auf. Dass Jesus in seinen Bildern und Gleichnissen viele Bezüge zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der kleinen Leute in Galiläa vor zweitausend Jahren herstellte, ist kein Zufall. Denn seine Vision vom Reich Gottes umfasste das Leben der Menschen und der Welt in all seinen Dimensionen.

« Seine Vision vom Reich Gottes umfasst das Leben der Menschen und der Welt in all seinen Dimensionen.»

Eines der bekanntesten Gleichnisse ist das Gleichnis vom grossen Festmahl. Im Lukas-Evangelium (Lk 14, 16-24) lautet es so:

«Ein Mensch veranstaltete ein grosses Gastmahl und lud viele dazu ein. 17Als das Fest beginnen sollte, schickte er seinen Knecht und liess den Gästen, die er eingeladen hatte, sagen: Kommt, denn es ist alles bereit! 18Und alle fingen an, sich zu entschuldigen. Der erste liess ihm sagen: Ich habe einen Acker gekauft und muss unbedingt hinausgehen und ihn besichtigen. Bitte, entschuldige mich! 19Ein anderer sagte: Ich habe fünf Ochsespanne gekauft und bin auf dem Weg, sie mir genauer anzusehen. Bitte, entschuldige mich! 20Wieder ein anderer sagte: Ich habe geheiratet und kann deshalb nicht kommen. 21Der Knecht kehrte zurück und berichtete alles seinem Herrn. Da wurde der Herr zornig und sagte zu seinem Knecht: Geh schnell auf die Plätze und Gassen der Stadt und hol die Armen und die Krüppel, die Blinden und die Lahmen herbei. 22Bald darauf meldete der Knecht: Herr, dein Auftrag ist ausgeführt; aber es ist immer noch Platz. 23Da sagte der Herr zu dem Knecht: Dann geh hinaus auf die Landstrassen und an die Zäune und nötige sie einzutreten, damit mein Haus voll wird. 24Denn ich sage euch: Keiner jener Männer, die eingeladen waren, wird an meinem Gastmahl teilnehmen.»

Da das Festmahl ein vertrautes Bild für das Leben in der Welt Gottes ist (vgl. Jes 25,6-8; 55,1-2; 65,13-14), verstanden die ersten Hörerinnen und Hörer automatisch, dass hier vom Handeln Gottes und der Reaktion der Menschen die Rede ist.

Die zuerst Eingeladenen werden als Menschen dargestellt, die von der Einladung Gottes schon wissen und die es sich leisten können, Land oder Vieh zu kaufen und zu heiraten. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie anderes wichtiger nehmen als die Einladung Gottes. Jene, die ihre wirtschaftlichen und persönlichen Interessen wichtiger nehmen als die Einladung zum Festmahl im Reich Gottes, werden dieses verpassen.

Die als zweite Eingeladenen sind die Randsiedler der damaligen Gesellschaft. Sie waren nicht im voraus eingeladen bzw. wussten nichts von ihrer Einladung. Angesprochen sind die wirtschaftlich Armen und sozial Ausgegrenzten. Sie nehmen die Einladung spontan und unverzüglich an.

Dem Gastgeber geht es um ein «volles Haus». Er kennt kein Prestigedenken und kümmert sich nicht darum, ob das Festmahl für ihn standesgemäss ist. Gefeierte wird das Fest der Verlorenen in einer offenen Tischgemeinschaft.

«Eine für alle offene Tischgemeinschaft ohne Rangordnung, ohne Rücksicht auf Ansehen und Vermögen.»

Jesus spricht vom Reich Gottes als einer für alle offenen Tischgemeinschaft ohne Rangordnung, ohne Rücksicht auf Ansehen und Vermögen. Das war damals und ist bis heute eine unerhörte Provokation und eine kritische Infragestellung gängiger Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation sowie von Lebenssinn und Lebensstil. Wer wie Jesus für eine Gesellschaft einsteht, die niemanden ausschliesst, setzt andere Prioritäten und handelt anders als jemand, der zuerst und vor allem an das eigene Geschäft, den eigenen Profit und die eigene Sicherheit denkt.

2.2 Existenzsicherung für alle

Ein anderes Gleichnis nimmt noch direkter auf wirtschaftliche und soziale Fragen Bezug. Es ist das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20,1-16):

«Denn mit dem Himmelreich ist es wie mit einem Gutsbesitzer, der früh am Morgen sein Haus verliess, um Arbeiter für seinen Weinberg anzuwerben. Er einigte sich mit den Arbeitern auf einen Denar für den Tag und schickte sie in seinen Weinberg. Um die dritte Stunde ging er wieder auf den Markt und sah andere dastehen, die keine Arbeit hatten. Er sagte zu ihnen: Geht auch ihr in meinen Weinberg! Ich werde euch geben, was recht ist. Und sie gingen. Um die sechste und um die neunte Stunde ging der Gutsherr wieder auf den Markt und machte es ebenso. Als er um die elfte Stunde noch einmal hinging, traf er wieder einige, die dort herumstanden. Er sagte zu ihnen: Was steht ihr hier den ganzen Tag untätig herum? Sie antworteten: Niemand hat uns angeworben. Da sagte er zu ihnen: Geht auch ihr in meinen Weinberg! Als es nun Abend geworden war, sagte der Besitzer des Weinbergs zu seinem Verwalter: Ruf die Arbeiter, und zahl ihnen den Lohn aus, angefangen bei den letzten, bis hin zu den ersten. Da kamen die Männer, die er um die elfte Stunde angeworben hatte, und jeder erhielt einen Denar. Als dann die ersten an der Reihe waren, glaubten sie, mehr zu bekommen. Aber auch sie erhielten nur einen Denar. Da begannen sie, über den Gutsherrn zu murren, und sagten: Diese letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleichgestellt; wir aber haben den ganzen Tag über die Last der Arbeit und die Hitze ertragen. Da erwiderte er einem von ihnen: Mein Freund, dir geschieht kein Unrecht. Hast du nicht einen Denar mit mir vereinbart? Nimm dein Geld und geh! Ich will dem letzten ebensoviel geben wie dir. Darf ich mit dem, was mir gehört, nicht tun, was ich will? Oder bist du neidisch, weil ich (zu anderen) gütig bin? So werden die Letzten die Ersten sein und die Ersten die Letzten.»

Geschichtlich gesehen, spricht dieses Gleichnis in eine Situation hinein, in der es zahlreiche Arbeitslose und Tagelöhner gab, die auf dem Marktplatz auf eine Arbeitsmöglichkeit warteten. Und es wird erzählt in einer Gesellschaft, in der viele am Rand oder unter der Armutsgrenze leben.

«Die Logik des Gottesreiches ist eine Logik der Gerechtigkeit, die an den Bedürfnissen des Menschen Mass nimmt.»

Deshalb kann auch die Verkündigung eines Gottes, der das Leistungslohn-Prinzip durchbricht, und die Verheissung einer Welt, in der auch die Arbeiter der letzten Stunde das Lebensnotwendige bekommen, nicht nur in einem geistig-religiösen Sinn verstanden werden. Die Logik des Gottesreiches geht nicht auf in jener der Leistungsgesellschaft und der Profitmaximierung, und es ist auch nicht eine Logik, die den Wert des Menschen auf seine Arbeitskraft reduziert, sondern es ist eine Logik der Gerechtigkeit, die an den Bedürfnissen des Menschen Mass nimmt. Wer sich auf diese Logik des Reiches Gottes einlässt, gewinnt einen neuen Blick auf die Gesellschaft und die Leitvorstellungen, die sie prägen.

Frage 5

Welche Bedeutung hat für Sie die Bibel für das Zusammenleben in den Kirchen und in der Gesellschaft?

2.3 «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung»

Wenn wir uns von der Hoffnung auf das Reich Gottes leiten lassen, stellt sich die Frage, wie unsere gesellschaftlichen Leitvorstellungen für die Zukunft „Reich-Gottes-verträglich“ beurteilt werden können. Wir kennen den Ausdruck «Verträglichkeitsprüfung» seit geraumer Zeit von der «Umweltverträglichkeitsprüfung»: Grosse Vorhaben müssen vor der Realisierung anhand verschiedener Kriterien auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. Können auf dem christlichen Hintergrund nicht in ähnlicher Weise Kriterien angeführt werden, an denen sich die «Reich-Gottes-Verträglichkeit» unserer Zukunftsvorstellungen prüfen lassen?

Im Kreis der Jüngerinnen und Jünger von Jesus und in den ersten christlichen Gemeinden wirkten sich die Vision vom «Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit» in neuen Formen des Zusammenlebens aus: Jesu Heilungen und Dämonenbannungen, aber auch die Tischgemeinschaft mit den Randsiedlern der damaligen Gesellschaft, mit wirtschaftlich, politisch und religiös Marginalisierten waren Ausdruck des Glaubens an einen Gott, der die Befreiung und die Gemeinschaft aller will und der eine besondere Vorliebe für die Armen, die Kranken und die Notleidenden hat. In den ersten christlichen Gemeinden wurde ebenfalls versucht, in einer geschwisterlichen Gemeinschaft die Grenzen des privaten Habens zu überwinden (vgl. Gal 3,26-28) und einen neuen, solidarischen Umgang mit Geld und Besitz zu pflegen (vgl. Apg 2,42-47).

«In den ersten christlichen Gemeinden wurde versucht, einen neuen, solidarischen Umgang mit Geld und Besitz zu pflegen.»

In vielen Texten des Neuen Testaments wird deutlich, dass der Glaube an den Gott Jesu Christi, die Hoffnung auf das Kommen seines Reiches und die Erfahrung seiner ungeschuldeten Liebe in deutlichem Kontrast standen zu anderen Mythen und Forderungen, die in der damaligen Zeit Geltung beanspruchten. Sie waren im Kern nicht weit entfernt von den fragwürdigen Mythen und Forderungen, die die heutige Gesellschaft bestimmen. So heisst es beispielsweise:

«Kein Sklave kann zwei Herren dienen; er wird entweder den einen hassen und den andern lieben, oder er wird zu dem einen halten und den andern verachten. Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon.» (Lk 16,13)

«Gleicht euch nicht dieser Welt an, sondern wandelt euch und erneuert euer Denken, damit ihr prüfen und erkennen könnt, was der Wille Gottes ist: was ihm gefällt, was gut und vollkommen ist.» (Röm 12,2)

«Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.» (Apg 5,29)

Wichtige Kriterien einer «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung» sind:

- 1. Eine Gesellschaft ist soweit «Reich-Gottes-verträglich», als sie sich von der Option für ein «Leben in Fülle» für alle Menschen leiten lässt.**
- 2. Eine Gesellschaft ist soweit «Reich-Gottes-verträglich», als sie sich selbst nicht absolut setzt.**
- 3. Eine Gesellschaft ist soweit «Reich-Gottes-verträglich», als sie sich verpflichtet, dass alle Frauen, Männer und Kinder gleiche Chancen und gleiche Rechte haben. Niemand wird aufgrund seiner Nationalität, Religionszugehörigkeit, seines Geschlechts oder aus anderen Gründen ausgeschlossen.**
- 4. Eine Gesellschaft ist soweit «Reich-Gottes-verträglich», als sie bereit ist, ihre Verhältnisse und Praktiken so zu gestalten, dass die nachfolgenden Generationen dieselben ungeschmälernten Lebensmöglichkeiten haben.**
- 5. Eine Gesellschaft ist soweit «Reich-Gottes-verträglich», als sie sich nicht den Sachzwängen des Wettbewerbs unterwirft, sondern weltweit solidarisch an Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur partizipieren lässt.**

Immer wieder und auf allen Stufen sind die Kirchen und ihre Mitglieder gerufen, diese Kriterien zur Entscheidungs- und Handlungsgrundlage zu machen, und zwar für die Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft wie auch für das Leben der Kirchen selbst.

3. «Vater unser im Himmel ... unser tägliches Brot gib uns heute»

Eine grosse Hilfe, die Verheissung vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit mit unserem alltäglichen Leben zu verbinden, ist das Gebet, das Jesus uns hinterlassen hat und das Christinnen und Christen über alle Unterschiede hinweg miteinander verbindet. Auch im Ringen um einen neuen Gesellschaftsvertrag schöpfen wir in diesem Gebet Mut, Klarheit und Entschiedenheit, uns vom Evangelium leiten zu lassen.

«Mit der Bitte um das Kommen des Reiches Gottes verleihen wir unserer Zuversicht Ausdruck, dass Frieden und Gerechtigkeit, dass Glück und Lebensmöglichkeiten für alle möglich sind.»

Die folgenden kurzen Denkanstösse wollen keine umfassende Auslegung dieses unerschöpflichen Gebetes sein, sondern akzentuieren lediglich jene Dimensionen, die im Zusammenhang dieser Konsultation von Bedeutung sind.

3.1 «Vater unser im Himmel ...»

Indem wir Gott als «Vater» und «Mutter» anrufen, bekennen wir uns nicht nur zu seiner Liebe, sondern auch dazu, dass wir Schwestern und Brüder sind. Diese Geschwisterlichkeit ermöglicht die Erfahrung der Zusammengehörigkeit, verpflichtet aber auch zur Verantwortung füreinander. Und weil unsere Schwestern und Brüder nicht nur in unserem Land leben, sondern in aller Welt, lädt uns das Gebet zu Gott als Vater ein, uns auch mit den Schwestern und Brüdern in Afrika und Asien, in Lateinamerika und überall verbunden zu wissen.

3.2 «...geheiligt werde dein Name ...»

Die Heiligung des Namens Gottes geschieht dadurch, dass wir Gott als Schöpfer und Befreier bekennen und loben, aber auch dadurch, dass wir allem, was die Schöpfung Gottes umfasst und was sich nicht unserem eigenen Schaffen verdankt, mit Achtung begegnen: den Mitmenschen, der natürlichen Umwelt, den Werken anderer. In einem zentralen Abschnitt der Tora des Mose wird insbesondere das Gebot der Nächstenliebe (Lev 19,18), das die Liebe zum Fremden (19,34) einschliesst, in den Zusammenhang mit der Heiligkeit Gottes gebracht: «Seid heilig, denn ich, der Herr, euer Gott, bin heilig.» (19,2)

3.3 «...dein Reich komme ...»

Mit der Bitte um das Kommen des Reiches Gottes verleihen wir unserer Zuversicht Ausdruck, dass Frieden und Gerechtigkeit, dass Glück und Lebensmöglichkeiten für alle, dass Gemeinschaft und Zuwendung keine Illusionen oder Vertröstungen auf ein Jenseits sind, sondern Hoffnungen, für die es sich zu leben lohnt. Diese Bitte ist eine Absage an die Hoffnungslosigkeit und an die Resignation. Und sie ist eine Verpflichtung, das eigene Handeln sowie die Ziele der Gesellschaft wie der Kirchen immer wieder selbstkritisch an den Verheissungen des Reiches Gottes zu überprüfen.

3.4 «...dein Wille geschehe wie im Himmel, so auch auf Erden»

Gottes Wille ist Gerechtigkeit, ist Leben und nicht Tod, ist Gemeinschaft und nicht Vereinzelung, ist Solidarität und nicht Egoismus, ist das Glück der Menschen und nicht die Verzweiflung. Der Wunsch, dass Gottes Wille Gestalt annimmt, und die Bereitschaft, diesem Willen auch dann zu entsprechen, wenn uns dies wie Jesus in tiefe Konflikte führt (vgl. Mk 14,32-42), ist zugleich eine Absage an alle anderen Mächte, die uns ihren Willen aufzwingen wollen. Die Suche nach Gottes Willen und das Bemühen, ihm entsprechend zu leben, und nicht das Leistungsprinzip, nicht das Gesetz des Marktes, nicht die Sachzwänge der Konsumgesellschaft *allein* sollen unser Leben und Zusammenleben im Letzten bestimmen. Die Heiligung des Namens Gottes, das Kommen seines Reiches, das Geschehen seines Willens sind keine bloss jenseitigen oder innerlichen Vorgänge, sondern haben einen Bezug zur Erde und zur Wirklichkeit.

3.5 «...unser tägliches Brot gib uns heute ...»

Wo das tägliche Brot und damit das Lebensnotwendige für grosse Teile der Weltbevölkerung fehlt, und wo die Verarmung auch bei uns immer mehr Menschen

droht, kann vom Reich Gottes nicht die Rede sein, ohne dass auch von Brot und Wasser, von Nahrung und Kleidung, von Wohnmöglichkeiten und vom Recht auf eine sinnvolle Tätigkeit die Rede ist. Die Bitte um das tägliche Brot lädt jene, die genug zu Essen haben, zur Dankbarkeit ein, aber auch dazu, sich mit allen Menschen guten Willens im Kampf gegen Hunger und Armut zu verbünden. Zudem kann uns diese Bitte vor fragwürdigem Sicherheits- und Versicherungsdenken warnen und uns zu einem Leben im «heute», im «hier und jetzt» ermutigen.

«Gottes Wille ist Gerechtigkeit, ist Leben, ist Gemeinschaft und nicht Vereinzelung, ist Solidarität und nicht Egoismus, ist das Glück der Menschen und nicht die Verzweiflung.»

3.6 «...und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern...»

Keine Bitte des Vaterunsers macht so deutlich wie diese, dass Gottes Wille und unser Handeln sich nicht auseinanderreißen lassen, sondern zusammengehören. Und keine zeigt so deutlich, dass Glaube und wirtschaftliche Gerechtigkeit untrennbar sind, meint doch «Schuld» in der Sprache der Bibel sowohl religiöse oder moralische Schuld als auch Geldschulden. In einer Welt, in der die Verschuldung nicht nur einzelne Menschen und Familien, sondern ganze Nationen bedrückt und im Fortkommen behindert, sind die Bitte und die Selbstverpflichtung zum Schuldenerlass von grosser Aktualität.

3.7 «... und führe uns nicht Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen...»

Diese letzte Bitte erinnert uns daran, dass wir nicht in einer heilen Welt leben, und dass Gebet und Einsatz für Gottes Reich und seine Gerechtigkeit Widerstandskraft erfordert. Auch für die Beterinnen und Beter des Vaterunsers bleibt die Befreiung aus der Bedrängnis und die Überwindung all dessen, was lebensfeindlich ist, eine Hoffnung, deren Verwirklichung nicht in ihrer Macht steht, sondern immer wieder neu als Geschenk erfahren wird.

3.8 «... denn Dein ist das Reich, und die Kraft, und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.»

Keine Gesellschaft ist je berechtigt, sich zu vergötzen und für endgültig zu halten; keine Verwirklichung von Gerechtigkeit und keine Praxis des Teilens ist je vollkommen. Gott allein die Ehre geben, heisst anzuerkennen, dass er allein der Herr und Retter ist. Wir ermessen zugleich das Vertrauen, das er uns schenkt. Gott lädt uns ein, ihm zu dienen, uns in den Dienst seiner Gerechtigkeit zu stellen nach all unseren Kräften, weil wir Menschen seine Partner und Partnerinnen sind.

Frage 6

Wie lassen sich Ihrer Erfahrung nach das Gebet und der Einsatz für eine gerechtere Welt in Einklang bringen?

4. Schlussfolgerungen

Die Erinnerung an das biblische Erbe und die Offenheit für die Herausforderungen der Gegenwart, das Gebet und das Engagement für wirtschaftliche und soziale Veränderungen sind keine Gegensätze. In einer Zeit, die arm ist an Visionen und Hoffnungen, ist es ein wichtiger Auftrag der Kirchen und der christlichen Gemeinschaften, aber auch des Dialogs von Christinnen und Christen mit anderen, Bilder einer anderen, göttlicheren und damit menschlicheren Welt zu entwerfen und Menschen zusammenzuführen, die miteinander Wege suchen, Schritte tun und auch Auseinandersetzungen wagen – in der Hoffnung auf «Gottes Reich und seine Gerechtigkeit» (Mt 6,33).

Wenn sie wirklich von dieser Hoffnung leben, werden die Kirchen und auch die einzelnen Christinnen und Christen nicht müde werden, gemeinsam mit anderen Menschen guten Willens für eine Gesellschaft einzustehen, die niemanden ausschliesst, Räume für den Dialog zu öffnen, auch dort, wo andere die Hoffnung auf Verständigung schon aufgegeben haben, sowie ihre Stimme zu erheben, wo es gilt, für Solidarität und Gerechtigkeit einzustehen und lebensfeindlichen Mythen und Ansprüchen eine andere, befreiende Perspektive des Lebens gegenüberzustellen.

Vorschläge für weitere biblische Reflexionen

Ergänzend zu den in diesem Teil vermittelten Gedanken über zentrale Stellen der neutestamentlichen Botschaft empfehlen wir die Lektüre und Reflexion weiterer biblischer Texte im Hinblick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Gerechtigkeit und eines tragfähigen Gesellschaftsvertrages. Wir denken besonders an:

- 1. Mose (Genesis) 1,28ff: Seid fruchtbar, und vermehrt euch, bevölkert die Erde. unterwerft sie euch ...
- 5. Mose (Deuteronomium) 24, 14-22: Du sollst den Lohn eines Notleidenden und Armen ... nicht zurückhalten ...
- Amos 8,4-8: Hört dieses Wort, die ihr die Schwachen verfolgt und die Armen im Land unterdrückt ...
- Sacharja 8,12-13: Der Weinstock gibt seine Frucht ...
- Psalm 63: Deine Gnade ist besser als das Leben ...
- Matthäus 5,3-12: Die Seligpreisungen
- Matthäus 6,19-23: Sammelt euch nicht Schätze hier auf der Erde ...
- Markus 10,17-27: Die Frage eines Reichen nach dem ewigen Leben
- Lukas 12,22-34: Sorgt euch nicht um euer Leben

Dritter Teil

Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Im dritten und letzten Teil des Konsultationstextes wollen wir die Perspektive in die Zukunft öffnen und die Frage nach den Elementen eines neuen Gesellschaftsvertrages zur Diskussion stellen. Denn wenn der bisherige Gesellschaftsvertrag den Anforderungen der veränderten sozialen und globalen Situation nicht mehr standhält, muss sich unsere Gesellschaft um eine neue tragfähige Grundlage des Zusammenlebens kümmern.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag wird nicht von einem Tag auf den anderen beschlossen. Wenn wir hier von Vertrag sprechen, dann verstehen wir darunter nicht ein von allen unterzeichnetes Schriftstück, das an einem bestimmten Tag in Kraft tritt. Wohl gibt die Revision der Bundesverfassung einige Hinweise auf den Gehalt des neuen Gesellschaftsvertrags. Wir verstehen darunter eine gesellschaftliche Verständigung und eine Übereinkunft über die grundlegenden Bedingungen dafür, dass eine Gesellschaft zusammenhält und ein gutes Leben aller ermöglicht.

Übersicht

Der erste Teil dieses ökumenischen Konsultationstextes, mit dem wir zum Mitdenken und zur Stellungnahme einladen, dient der Beschreibung der Situation und ist dem Verstehen der laufenden Entwicklungen gewidmet. Im zweiten Teil steht die Frage einer christlich-biblichen Orientierung über wegleitende Gesichtspunkte zur Zukunftsgestaltung im Zentrum. Auf dieser Linie gilt es im dritten Teil, die Frage nach den Werten und Zielen, die unserer Gesellschaftsentwicklung zugrunde liegen sollen, in nicht-theologischer Sprache aufzunehmen und weiterzuführen. Dann wird versucht, aus den noch allgemeinen Grundwerten praktikable Kriterien zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen - Kriterien, die für einen zukünftig tragfähigen Gesellschaftsvertrag wegleitend sein können. Schliesslich wenden wir uns den wichtigsten Problemfeldern zu, in denen wir heute unserer Beobachtung nach stehen und die in einer Umfrage im Hinblick auf die Konsultation als Probleme mit höchster Dringlichkeit genannt wurden.

Ziel

Wir versuchen, zuhanden einer breiten Diskussion für die Bestandteile eines neuen Gesellschaftsvertrags Zielrichtungen anzuzeigen und Lösungswege vorzuschlagen, die den Kriterien genügen.

Mit der Konsultation laden wir die schweizerische Bevölkerung ein, sich neu auf die grundlegenden Werte und Ziele, denen der Gesellschaftsvertrag verpflichtet sein soll, zu verständigen. Alle Menschen, denen etwas an der Zukunft unserer Gesellschaft liegt, sind aufgefordert, sich zu beteiligen am Zustandekommen eines neuen Konsenses über die Kriterien, die für die Zukunftsgestaltung massgebend sein sollen. Im verbindlichen Gespräch ist zu bestimmen, wie die Umsetzung dieser Kriterien in den Lebensbezügen der Wirtschaft und der Arbeit, der Politik, der Ökologie und unserer gesamten Kultur im nationalen wie im globalen Zusammenhang in einen neuen Gesellschaftsvertrag gelingen kann.

1. Grundwerte

Ohne Rückkoppelung an Grundwerte und Ziele steht alles gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Handeln in Gefahr, kurzfristig und orientierungslos zu werden. In solchem oft «pragmatisch» genannten Verhalten wird leicht den aktuellsten Zwängen und den am machtvollsten vertretenen Partikularinteressen nachgegeben. Jede Gesellschaft muss sich von Zeit zu Zeit auf ihre Grundwerte und Ziele verständigen, die ihren Sinn, ihren Zusammenhalt, die Ausrichtung ihrer Entwicklung bestimmen sollen. Solche Grundwerte und Ziele finden sich zu allen Zeiten in allen Gesellschaften und Kulturen. Die christliche Tradition hat zur Pflege der Grundwert-Orientierung beigetragen. Wir knüpfen an dieses vielfältige Nachdenken an und empfehlen für die Konsultation jene fünf Grundwerte als Ziele gesellschaftlicher Orientierung, die wir in der heutigen Situation für die wichtigsten halten.

Frage 7
Welches sind für Sie die Grundvoraussetzungen für einen tragfähigen «Gesellschaftsvertrag»?

1.1 *Gerechtigkeit*

Gerechtigkeit drückt aus, was wir einander im gesellschaftlichen Leben unbedingt gegenseitig schulden: Anerkennung der gleichen Freiheiten aller und der wechselseitigen Rechte. Und: die Anerkennung der Tatsache, dass es langfristig mir und uns nur gut gehen kann, wenn es den anderen gut geht. Gerechtigkeit meint somit nicht Beliebiges, und dieser Grundwert zählt nicht zu den Dingen, die man für wichtig halten kann oder auch nicht. Gerechtigkeit zielt verpflichtend darauf, das es allen gut geht, und zuerst: dass es den Benachteiligten besser geht.

«Soziale Gerechtigkeit verpflichtet zu einem Ausgleich der grossen Einkommens- und Reichtumsunterschiede zwischen den Gliedern und Gruppen einer Gesellschaft.»

Darum verlangt Gerechtigkeit, dass jeder Mensch das erhält, was ihm zusteht, denn jeder Mensch hat den grundsätzlich gleichen Lebensanspruch. Gerechtigkeit ist also immer an Gleichheit orientiert und verlangt nach Rechtfertigung von ungleicher Behandlung.

Soziale Gerechtigkeit verpflichtet zu einem Ausgleich der grossen Einkommens- und Reichtumsunterschiede zwischen den Gliedern und Gruppen einer Gesellschaft. Menschen, die nicht oder nicht mehr über ein an Erwerbsarbeit gekoppeltes Einkommen verfügen, müssen auf die Gesellschaft insgesamt zählen können.

1.2 *Freiheit und Verantwortung*

Freiheit und Verantwortung sind für das individuelle und soziale Leben unabdingbar, und sie bedingen einander. Wo keine Freiheit, ist keine Verantwortung möglich; wo keine Verantwortung, wird die Freiheit keinen Bestand haben. Freiheit und

Verantwortung müssen immer wieder erarbeitet werden, sie sind neu zu konkretisieren entsprechend dem Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen.

«Freiheit und Verantwortung müssen immer wieder erarbeitet werden, sie sind neu zu konkretisieren entsprechend dem Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen.»

Freiheit ist nicht grenzenlos, verpflichtet doch die Präsenz des Anderen, ihm Raum zu geben. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Freiheit ist kein privates Gut, sondern als «gleiche Freiheit für alle» Wert einer Gesellschaft. Sie kann niemals die Freiheit des Starken meinen, der den Schwachen erdrückt. Freiheit benötigt deshalb ihr Gegenstück, die Verantwortung, einerseits zum solidarischen Verhalten gegenüber der Gesellschaft und ihren schwächsten Gliedern und andererseits gegenüber den Institutionen, welche die Umsetzung von Solidarität in die Praxis gewährleisten.

Verantwortung gründet auf Freiheit. Sie verlangt die Berücksichtigung der Folgen des eigenen Handelns für andere und für die Gesamtheit. Sie schliesst aus, die Menschen einfach ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Der Mensch ist nicht allein für sich selbst und die ihm Nahestehenden verantwortlich, sondern auch für das Wohl der Gesellschaft, in der er lebt und die ihn unterstützt und trägt. Er ist mitverantwortlich für die Bewahrung und Mehrung jener gemeinsamen Reichtümer, Institutionen und Mittel, die allen Gliedern der menschlichen Gemeinschaft ein Leben in Würde ermöglichen und garantieren.

1.3 Mitbestimmung

Eine Gesellschaft, die sich den Grundwerten verpflichtet weiss, nimmt die Menschen nicht nur als Nutzniesser von Rechten an, sondern setzt aktiv auf sie als am gesellschaftlichen Leben Mitwirkende auf sie. Das Anrecht auf Mitbestimmung ist also in der Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik, in den Kirchen und im Gesamten der menschlichen Kultur zu achten. Nur wenn die Ausarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrags Sache aller ist, können sich alle in ihm wiedererkennen und ihm zustimmen.

«Nur wenn die Ausarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrags Sache aller ist, können sich alle in ihm wiedererkennen und ihm zustimmen.»

Nicht bloss materielle Güter bilden den Reichtum einer Gesellschaft, sondern auch ihr kulturelles Potential und ihr Gemeinsinn. Wenn jeder Mensch das Recht hat, die Entwicklung jener Gemeinschaft mitzubestimmen, der er angehört, setzt die Mitbestimmung als Verpflichtung voraus, dass sich jeder und jede nach Massgabe der eigenen Möglichkeiten daran beteiligt, die gemeinsamen Regeln festzulegen, die kollektiven Institutionen aufzubauen und bereitzustellen wie auch die materiellen und kulturellen Reichtümer des Landes zu schaffen.

1.4 Nachhaltigkeit

Der aus der Forstwirtschaft stammende Begriff der Nachhaltigkeit bringt als Grundwert einen ethisch verantwortlichen Umgang mit der natürlichen Umwelt auf

den Punkt. Er meint den Respekt vor dem Eigenwert der Natur, die Rücksicht auf nachfolgende Generationen und den Erhalt der Erneuerungsfähigkeit der Ressourcen, deren eine Gesellschaft zum langfristigen Überleben bedarf.

Zu Beginn des Jahrhunderts litt der Schweizer Wald unter denselben Schäden wie heute zahlreiche Waldregionen der Länder des Südens: Übernutzung, Bodenerosion, Naturkatastrophen. Im Wald wurde mehr Holz geschlagen, als nachwachsen konnte. Es brauchte den politischen Willen, die Nutzung der Wälder auf deren Erneuerungspotential zu beschränken und so Nachhaltigkeit zu begründen.

In einer an Nachhaltigkeit orientierten Gesellschaft werden die menschlichen, sozialen, natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen so verwaltet, dass deren Erneuerung gesichert ist, so dass die lebende Generation den nachkommenden Generationen eine lebensfähige Umwelt vererben kann.

«Die Menschheit insgesamt muss lernen, mit ihrer Umwelt umzugehen, ohne das Kapital «Natur» anzugreifen.»

Die Forderung nach Nachhaltigkeit stellt sich ebenso national wie weltweit. Die Menschheit insgesamt muss lernen, mit ihrer Umwelt umzugehen, ohne das Kapital «Natur» anzugreifen. Die Ressourcen der Erde sind begrenzt, während die Weltbevölkerung stetig wächst und die Beanspruchung der natürlichen Ressourcen bis jetzt parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel zugenommen hat.

1.5 Solidarität

Solidarität ist gleichsam die Zusammenfassung der vier erwähnten Grundwerte. Sie drückt zweierlei aus: Einerseits einen Tatbestand, andererseits eine Forderung. Zum einen: Die Menschen leben nicht als isolierte, voneinander abgetrennte Wesen, sondern sind aufeinander angewiesen: Kein Mensch kann sagen, dass er oder sie sich selbst verdanke. In jeder Generation gilt, dass die Menschen grundsätzlich - wenn auch in unterschiedlichem Masse - einander brauchen und sich aufeinander verlassen können müssen. Zum anderen: Diese menschliche Solidarität verlangt nach einer Entsprechung im zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen Verhalten. Wenn die Menschen gegenseitig aufeinander angewiesen sind, wird Solidarität zum Programm und zur Verpflichtung.

Trotz der Lebenserfahrung, die im Begriff Solidarität zum Ausdruck kommt, hat sich dieser Wert im Lauf der Zeit scheinbar abgenützt. Oft wird nur noch jener Teil seines Inhalts wahrgenommen, der zur Unterstützung – zu meist geldmässigen Leistungen für andere – verpflichtet, und man möchte sich dieser Verpflichtung entziehen. Gerne wird verdrängt, dass alle auf Vorleistungen anderer Frauen und Männer angewiesen sind, wird gerne verdrängt. Errungenschaften wie Rechts- und Sozialstaat, sozialer Frieden, eine der gegenwärtigen Generation weitgehend intakt übergebene Umwelt gehören dazu. Daraus wird deutlich: Solidarität ist der für die Zukunft der Gesellschaft entscheidende Wert. Von Solidarität hängt der Bestand einer Gesellschaft ab.

Solidarität ist allererst eine Absage an die Ausgrenzung. Sie zielt darauf ab, jedem Menschen in der Gesellschaft einen Platz zu gewähren, jedem und jeder den Zugang zu den für ein Leben in Würde notwendigen Mitteln zu sichern. Solidarität leitet dazu an, die Sonderinteressen nicht rücksichtslos durchzusetzen, sondern

zurückzunehmen zugunsten der gemeinsamen Interessen, um das anzustreben, was im Interesse aller ist.

«Solidarität ist der für die Zukunft der Gesellschaft entscheidende Wert.»

Solidarität ist unteilbar. Sie kann niemals ausschliesslich sein und sich nur auf die eigene Gruppe beziehen. Sie gilt grundsätzlich gegenüber allen Menschen, es widerspricht ihrem Sinn, andere Gruppen auszugrenzen.

Solidarität ist besonders auf die Benachteiligten ausgerichtet. Wenn unter dem Druck einer auseinanderdriftenden Gesellschaft und der wirtschaftlichen Realitäten Ungleichheiten entstehen, dann sind Korrektive notwendig. Aus christlicher Sicht nennen wir diese Priorität für die Benachteiligten *Parteinahme für die Armen*. Diese müssen sich organisieren und ihre Rechte geltend machen können. Die Gesellschaft von morgen wird gerade auch mit arbeitslosen Frauen und Männern, mit Menschen ohne eigene Wohnung, mit all jenen aufgebaut, die nicht mehr autonom leben können.

Schliesslich lässt sich Solidarität nicht auf Wohltätigkeit reduzieren. Hilfe für Menschen in Not ist notwendig, kann aber Integration in die Gesellschaft, Gerechtigkeit und Mitbestimmung nicht ersetzen. Denn dies würde heissen, eine Zweidrittelsgesellschaft zu akzeptieren, in der Arbeitsbesitzende und Arbeitslose, Reiche und Arme nicht in derselben Welt leben. Solidarität meint ein wirkliches Teilen der Lebenschancen, ein Teilen des ganzen Lebens.

Frage 8

**Wären Sie bereit, zugunsten schwächerer Glieder der Gesellschaft auf persönlichen Wohlstand zu verzichten?
Unter welchen Voraussetzungen?**

2. Kriterien für die Umsetzung eines neuen Gesellschaftsvertrags

Grundlage für jeden Gesellschaftsvertrag sind Grundwerte, deren Geltung in der Gesellschaft anerkannt wird. Grundwerte sind von sehr allgemeinem Charakter - ihr Sinn, ihre Wahrheit ist aber konkret. Um sie praktikabel zu machen für die aktuellen gesellschaftspolitischen Probleme, die im dritten Abschnitt dieses Kapitels aufgegriffen werden, wollen wir handhabbare Kriterien formulieren und der ökumenischen Konsultation als Vorschläge unterbreiten. An ethischen Kriterien müssen sich die Lösungsvorschläge messen lassen. Keine Gesellschaft wird ihnen vollkommen genügen können - gerade deshalb weiss sie sich immer wieder zu Verbesserungen herausgefordert. Die Kriterien bilden zusammen ein Spannungsfeld, und manchmal lassen sich einzelne Kriterien nur zulasten anderer erfüllen. Die Suche nach Lösungen im Dialog muss zeigen, welchem Kriterium welches Gewicht beigemessen werden soll, wie insgesamt eine Optimierung erreicht werden kann, ohne dass eines der Kriterien absolut gesetzt oder gänzlich vernachlässigt werden darf.

Auf der Basis der Grundwerte schlagen wir vor, dass folgende Kriterien als Anforderung an das individuelle und kollektive Handeln auch in Politik und Wirtschaft anerkannt werden:

- Problemlösungen müssen **sozialverträglich** sein: Die Lösungen dürfen nicht zulasten der Benachteiligten gehen, sondern sie müssen ihnen im Gegenteil besondere Entwicklungschancen gewährleisten. Dies schliesst eine starke Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Dienst aller Menschen ein. Zweck ist die faire Integration aller Menschen und Gruppen, aller Frauen und Männer, die gemeinsam die Gesellschaft bilden. Das *Kriterium* lautet also: Ist die vorgesehene Massnahme, der unterbreitete Vorschlag geeignet, alle in das soziale und wirtschaftliche Leben des Landes einzubinden?
- Problemlösungen müssen **demokratieverträglich** sein: Jeder Mensch soll, unabhängig von Nationalität und Geschlecht, Religion und sozialer Stellung, die Leitlinien der Gesellschaft, der er angehört, mitbestimmen können. Das *Kriterium* lautet also: Sind die vorgesehenen Massnahmen Gegenstand einer echten demokratischen Auseinandersetzung aller Betroffenen?
- Problemlösungen müssen **umweltverträglich** sein: Wenn Nachhaltigkeit als ein Grundwert des neuen Gesellschaftsvertrags anerkannt wird, ist jede vorgesehene Massnahme, auf individueller Ebene (Lebensstil) wie auf kollektiver Ebene (politische Entscheide), an folgendem *Kriterium* zu messen: Entspricht die vorgesehene Massnahme den Bedürfnissen der heutigen Generation, ohne die Möglichkeit der künftigen Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken, zu beeinträchtigen? Ist sie ökologisch durchhaltbar?
- Problemlösungen müssen **weltverträglich** sein: Ein neuer Gesellschaftsvertrag kann nicht isoliert für die Schweiz formuliert werden, sondern muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Schweiz in die Weltwirtschaft, aber auch kulturell und politisch in die Weltgesellschaft eingebunden ist. Solidarität im Inland darf deshalb nicht zu Lasten der übrigen Welt gehen. Das *Kriterium* lautet also: Ermöglicht die vorgesehene Massnahme oder der unterbreitete Vorschlag der Schweiz, ihren Bewohnern und Bewohnerinnen, ihre Zugehörigkeit zur ganzen Menschheit und die Solidarität mit ihr insgesamt zum Ausdruck zu bringen?

3. Elemente eines neuen Gesellschaftsvertrags

Als letzten Schritt wenden wir uns konkreten Problemen zu. Wir konzentrieren uns dabei auf jene sechs Problemkreise, die wir aufgrund der bereits erwähnten Umfrage und unserer Erfahrung für zentral erachten. Für ihre Überwindung sind die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen im neuen Gesellschaftsvertrag.

Wir bringen unsere Überlegungen im Rahmen von Teilverträgen des neuen Gesellschaftsvertrages zur Diskussion.

Frage 9

Wie sehen Ihre Entwürfe für die vorgeschlagenen Teilverträge eines neuen «Gesellschaftsvertrages» aus?

3.1 Wirtschaftsvertrag

Es ist richtig, dass die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen für eine Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind und möglichst effizient geschehen sollen. Der wirtschaftliche Wettbewerb in der Marktwirtschaft kann dies über weite Strecken leisten und soll deshalb auch genügend Raum erhalten.

Die Wirtschaft muss jedoch den Menschen dienen. Sie ist eingebunden in die Gesellschaft. Ihr eigenes Funktionieren muss sich deshalb an den Zielen und Erfordernissen einer Gesellschaft orientieren, wie sie in den oben genannten Kriterien festgehalten sind. Diese lassen sich allerdings nicht durch Markt und Wettbewerb regeln, sondern müssen in einem gemeinsamen politischen Vorgehen erarbeitet und verwirklicht werden.

«Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Sie ist eingebunden in die Gesellschaft.»

Die Einbindung der Wirtschaft in die Erfordernisse einer Gesellschaft ist der Gegenstand des zukünftigen Wirtschaftsvertrags.

Ein entscheidender Punkt wird dabei sein, dass die Wirtschaft konsequent auf einen nachhaltigen, ökologisch verantwortbaren Umgang mit den Ressourcen unserer Erde ausgerichtet wird. Nachhaltig bedeutet hier, dass dieser Umgang auch langfristig gesehen durchhaltbar sein muss und nachfolgenden Generationen ungeschmälerte Lebensmöglichkeiten hinterlässt.

Die Zivilisierung des Wettbewerbs ist eine Aufgabe über die Landesgrenzen hinaus. Weil die Wirtschaft von grundlegender Bedeutung ist für die Gesellschaft und die Menschen, müssen ihre Grundlagen gesichert werden angesichts des Globalisierungsprozesses, der alle Volkswirtschaften in einen verschärften Standortwettbewerb stellt. Die Wirtschaft, die Unternehmen brauchen Rahmenbedingungen, die es erlauben, auf den liberalisierten Weltmärkten mithalten zu können. Es kann nicht bestritten werden, dass hier ein ordnungspolitischer Handlungsbedarf besteht. Bestehende Regulierungen sind immer wieder darauf zu überprüfen, inwieweit sie den aktuellen Gegebenheiten und Entwicklungen angemessen sind. Die Wirtschaftspolitik muss die entsprechenden Anpassungen vornehmen. Allerdings gilt es dabei Umsicht walten zu lassen, damit nicht unter dem blossen Vorwand der Globalisierung bestimmte wirtschaftliche Interessen sich politisch durchsetzen, um gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Schutzbestimmungen abzubauen. Für das effiziente Wirken der Wirtschaft in der Zukunft ist nicht nur der «Wirtschaftsvertrag» allein von Bedeutung. Unabtrennbar mit gutem, lebensdienlichem Wirtschaften sind die anderen Teilverträge, namentlich der Sozial- und der Umweltvertrag: Durch sie werden erst die sozialen und ökologischen Voraussetzungen (sozialer Friede, soziale Sicherheit bzw. Nachhaltigkeit, richtige Preis- und Besteuerungs-Signale für den schonenden Umgang mit Natur-Gütern) geschaffen, ohne die eine langfristig und ethisch vernünftige Wirtschaft nicht vorstellbar sind.

3.2 Sozialvertrag

Die Auflösung des alten Gesellschaftsvertrags, wie er beschrieben worden ist, wird spürbar in einem sozialen Umbruch. Über lange Jahre konnte für eine überwiegende

Mehrheit der Menschen in der Schweiz das «Dazugehören», die Integration in die Gesellschaft sichergestellt werden. Die Teilnahme an der Arbeitswelt, ein genügend grosses Einkommen und die Absicherung der Schwächeren durch die Sozialwerke garantierten eine menschenwürdige Existenz und Entfaltung.

«In einem neuen Gesellschaftsvertrag müssen alle Glieder der Gesellschaft die Regelungen suchen, die das solidarische und freiheitliche Zusammenleben der Menschen sicherstellen.»

Diese beiden Grundelemente: Arbeit und soziale Sicherheit, haben eine unsichere Zukunft. In einem neuen Sozialvertrag müssen alle Glieder der Gesellschaft die Regelungen suchen, die das solidarische und freiheitliche Zusammenleben der Menschen sicherstellen und sozialen Ausschluss verhindern. Weil der Staat nach wie vor eine zentrale Instanz für gesellschaftliche Kooperation ist, die im Interesse aller die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens sicherstellen muss, ist es von vorrangiger Bedeutung, seine politische und finanzielle Leistungsfähigkeit zu erhalten.

a) Für ein neues Verständnis von Arbeit

Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme der Gesellschaft, gerade weil die Erwerbsarbeit für die meisten noch materielle Sicherheit garantiert und in unserer Kultur das «Arbeiten-Können» eine wichtige Bedeutung für die Menschen hat. Mit der Begründung, dass shareholder value - der Wert unternehmerischer Tätigkeit allein in der Perspektive der Aktionäre - und die Effizienz der Unternehmen maximiert werden müssen, werden Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Effizienz in einer Gesellschaft reduziert sich nicht auf unternehmerische Produktivität. Eine lebensdienliche Wirtschaft bewegt sich im Spannungsfeld aller genannten Kriterien und kann sich nicht nur auf einzelwirtschaftliche Effizienz- und Gewinnsteigerung beschränken. Werden die Bereitschaft zur Arbeit, die jetzt teilweise brach liegt, und das Kriterium der sozialen Verträglichkeit nicht beachtet, zerstört die Wirtschaft längerfristig ihre eigene soziale Grundlage.

«Die Produktivitätssteigerung ist für Arbeitszeitverkürzungen zu nutzen.»

Wir müssen mit einer anhaltenden Verknappung der Erwerbsarbeit in den traditionellen Industrieländern rechnen, auch weil die Arbeitsproduktivität unter dem Einfluss der neuen Technologien künftig weiter steigen wird. Es werden verschiedene neue Lösungsmöglichkeiten zur Verteilung der vorhandenen produktiven Arbeit diskutiert. Eine Möglichkeit ist, diese Produktivitätssteigerung für Arbeitszeitverkürzungen zu nutzen, und zwar, zumindest für die niedrigsten Löhne, ohne signifikante Lohneinbusse.

Anzustreben ist eine neue Zeiteinteilung in der Gesellschaft. Die Dauer der Erwerbsarbeit wäre nicht mehr in Wochenstunden zu fixieren, sondern in Monaten oder Jahren, darin eingeschlossen eine Zeit der Weiterbildung. So würde die Flexibilität erhöht, ohne Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen allzu belastender Unsicherheit auszusetzen. Diese wüssten dann, dass sie, beispielsweise im Verlauf eines Jahres, ein bestimmtes Quantum an Arbeit leisten müssen, für das sie entsprechend entlohnt werden.

Frage 11**Wie soll die «Mangelware» Erwerbsarbeit neu verteilt werden?**

Vielleicht genügen die erwähnten Massnahmen unter den weltwirtschaftlichen Umständen nicht, dass jeder und jede über die Erwerbsarbeit einen Platz in der Gesellschaft findet. Die Überwindung der heutigen Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit ist dringend angezeigt.

Arbeit wird nicht bloss innerhalb des Rahmens der Marktwirtschaft erbracht. Arbeit ausserhalb dieses Rahmens schafft nicht nur materiellen Reichtum, sondern auch sozialen Reichtum. Es sind vorwiegend Frauen, die sich in diesem Bereich der Arbeit engagieren und deren Produktivität zur Zeit kaum anerkannt wird. Eine Familie, die sich um eine vereinsamte ältere Person kümmert, Mütter, die ihre Kinder oder die Kinder von erwerbstätigen Eltern betreuen, tragen zur Wohlfahrt der Gemeinschaft bei. Ein Vater, der Teilzeit arbeitet, um seinen Kindern Zeit widmen zu können, erfüllt eine Aufgabe, von der die gesamte Gesellschaft profitiert.

«Notwendig ist eine breitere Anerkennung von gesellschaftlich wertvollen Aktivitäten.»

Notwendig ist eine breitere Anerkennung von gesellschaftlich wertvollen Aktivitäten dieser Art, etwa in Form einer Entschädigung: Grundlohn, Erziehungsbonus, Steuererleichterung für Personen, die einen betagten oder pflegebedürftigen Angehörigen pflegen, Unterstützung gemeinnütziger Vereine und vor allem das Anrecht auf Sozialversicherungen sind Stichworte dazu.

Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass die sozialen Aktivitäten auf freiwilliger Basis eine Ergänzung sind zu den Leistungen, welche die Werke der sozialen Sicherheit erbringen. Die «kleinen Solidaritäten», in der Nachbarschaft, in den sozialen Netzen und in der Zivilgesellschaft, ergänzen die «grosse Solidarität», die durch den Staat garantiert ist und zu denen alle gleichen Zugang haben.

b) Für eine dauerhafte Finanzierung der Sozialwerke

Bisher wurde die Finanzierung der Sozialwerke im wesentlichen durch die Besteuerung der Erwerbsarbeit gesichert. Der Kostenfaktor Arbeit wird dadurch im Vergleich zu den übrigen Produktionsfaktoren zu teuer. Das trägt dazu bei, dass Unternehmen, die im harten Wettbewerb stehen, arbeitssparende Restrukturierungen vornehmen.

Was unternehmenswirtschaftlich vernünftig erscheint, ist aber gesamtwirtschaftlich de facto irrational. Arbeitsplätze werden aus Kostengründen wegrationalisiert, und gleichzeitig wird in neue und leistungsfähigere Produktionsmittel investiert. Die Entlassenen belasten die Sozialwerke, die ihrerseits mit der Aufhebung eben dieser Arbeitsplätze Prämieinnahmen verlieren. Je mehr Menschen ohne Erwerbsarbeit sind, desto unsicherer und belastender wird die Finanzierung der sozialen Sicherheit als Grundaufgabe des Staates. Die bisherige Art der Finanzierung der Sozialwerke treibt die Entwicklung in eine falsche Richtung: Sie führt die Unternehmen dazu, Arbeitsplätze abzubauen und gleichzeitig mit den knappen Ressourcen und mit

Energie nicht in einer nachhaltigen Weise umzugehen. Eine grundlegende Reform muss hier die Richtung ändern.

c) Für eine gerechte und nachhaltige Finanzierung des Staates

Die Finanzierung des Staates ist grundsätzlich ein ungelöstes Problem. Eine Steuerreform drängt sich auf.

Im Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Die Ungleichheit nimmt weiterhin zu, und der Staat erweist sich als unfähig, durch eine gerechtere Verteilung der Steuerlast auf alle Steuerpflichtigen korrigierend einzugreifen.

«Für mehr Steuergerechtigkeit eine Lösung anstreben, welche die Lohneinkommen entlastet und dafür die übrigen Produktionsfaktoren stärker belastet.»

Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, ist eine Lösung anzustreben, die einerseits die Lohneinkommen der Menschen entlastet und andererseits die übrigen Produktionsfaktoren - Kapital und der Gebrauch der natürlichen Ressourcen - entsprechend belastet. Konsequenter wäre in diesem Sinn, eine Steuerreform anzustreben, welche die Kapitalgewinne und den Energiekonsum, vorab den Konsum nicht erneuerbarer Energien, besteuert. Denn weiterhin nimmt der Energiekonsum zu und die eingegangenen Verpflichtungen zur Eindämmung der Klimaerwärmung werden nicht eingehalten.

Zentral in einem neuen Sozialvertrag ist eine Finanzierung der Staatsaufgaben und der Sozialwerke, welche auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten tragfähig ist. Ein solches Steuersystem muss mit dem Grundsatz der Nachhaltigkeit vereinbar sein.

Frage 11

Welche Aufgaben hat das Gemeinwesen - Gemeinde, Kantone, Bund sowie internationale Institutionen - wahrzunehmen?

3.3 Demokratievertrag

Auf der Ebene der politischen, demokratischen Mitbestimmung stellen wir heute verschiedene schwerwiegende Defizite fest. Die Beteiligung an Volksabstimmungen und Wahlen sind im allgemeinen sehr gering. Nur ein Bruchteil der stimmberechtigten Bevölkerung nimmt daran teil. Ein Grund dafür ist ein weitverbreitetes Gefühl der politischen Ohnmacht in der Bevölkerung. Viele Menschen spüren, dass wichtige Entscheide nicht auf politischer Ebene, sondern bereits früher durch die Wirtschaft entschieden werden und nur noch eine nachträgliche Zustimmung gegeben werden kann. Man spricht hier auch von «Expertokratie», einer Herrschaft der Experten, anstelle der Herrschaft des Volkes.

19 % der Bevölkerung der Schweiz sind überhaupt nicht demokratisch in die Gesellschaft eingebunden, nämlich die Ausländer und Ausländerinnen. Sie besitzen kein Stimm- und Wahlrecht. Wie kann diese grosse Zahl von Menschen in die Gestaltung ihres nächsten Umfeldes demokratisch einbezogen werden?

Die Globalisierung der Wirtschaft hat zur Folge, dass wir in der Schweiz, auf nationaler Ebene, zu immer mehr nichts mehr sagen können. Werden Anpassungen bei uns abgelehnt, so drohen massive wirtschaftliche Benachteiligungen zu entstehen. Ist unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik so überhaupt noch demokratisch legitimiert? Wir müssen realistisch umgehen mit der Vorstellung einer eigenständigen nationalen Politik und in einem neuen Gesellschaftsvertrag die Globalisierung der Demokratie zum Ziel setzen.

3.4 Umweltvertrag

Im Umweltbereich sind trotz etlicher Anstrengungen die wichtigsten Probleme ungelöst geblieben. Der Energiekonsum nimmt nicht ab, die Ursachen der Luftbelastung und des Waldsterbens sind weder restlos geklärt noch behoben. Wie kaum irgendwo sonst erfahren wir im Umweltbereich die globale Verkettung von Ursachen und Folgen. Sie erweist sich besonders deutlich in der Klimaveränderung. Der Umweltvertrag muss deshalb Verpflichtungen enthalten und Verfahren einzuführen, die sicherstellen, dass bei allen Handlungen - seien sie wirtschaftlich, politisch oder sozial - der ökologischen Dimension über die jeweilige «Sachlogik» der ökonomischen Dimension hinaus Rechnung getragen wird.

Diese Verpflichtung gilt nicht nur für die staatliche Ebene (Bund, aber auch Kantone und Gemeinden) etwa im Bezug auf einen ökologischen Umbau des Steuersystems, sondern auch für die Ebene der Unternehmen und der Zivilgesellschaft sowie bei allen einzelnen und Gruppen. Dies impliziert eine Änderung des Lebensstils, aber nicht nur im individuellen Handlungsbereich, sondern auch im kollektiven, unternehmerischen, gesellschaftlich-kulturellen. Der Umweltvertrag muss deshalb die Basis bilden für neue Formen der Kooperation und für Verhaltensweisen, die dem Eigenwert der Natur - auch dort, wo sie unmittelbar nichts Nutzbares für den Menschen abwirft - und den begründeten Ansprüche der nachfolgenden Generationen an unsere Hinterlassenschaft entsprechen.

3.5 Weltvertrag

Zahlreiche Probleme können nur auf internationaler Ebene gelöst werden. Besonders deutlich wird das bei der Diskussion um eine Steuerreform, die darauf abzielt, die Lasten angemessener zu verteilen und zugleich den Schutz der Umwelt nicht ausser acht zu lassen. Wenn bereits eine Energiesteuer auf nationaler Ebene schwer durchsetzbar erscheint, um wieviel mehr dann eine Besteuerung von Finanztransaktionen und Kapitalerträgen. Deshalb ist ein weltweiter Gesellschaftsvertrag anzustreben.

«Angesichts der Globalisierung der Wirtschaft ist dringend die Globalisierung der Sozialpolitik anzustreben.»

Vor kurzem hat die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas ein «*Nord/Süd-Manifest für nachhaltige Entwicklung*» zur Diskussion gestellt, das an der Schwelle des dritten Jahrtausends eine radikale Veränderung des Lebensstils der Bewohner und Bewohnerinnen der reichen Länder dieser Erde fordert. Wir erachten deren Anfragen und Vorschläge als Bestandteil der Konsultation. Das Ziel der Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass die Schweiz die in den letzten Jahren an internationalen Konferenzen verabschiedeten Aktionsprogramme

in die Tat umsetzt, insbesondere das aus dem Erdgipfel von Rio von 1992 hervorgegangene Aktionsprogramm (Agenda 21).

Analog zu dem auf nationaler Ebene bisher Erreichten ist angesichts der Globalisierung der Wirtschaft dringend die Globalisierung der Sozialpolitik anzustreben. Wünschenswert sind, in Anlehnung an die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation, minimale, weltweit für alle Länder und alle Unternehmen verbindliche Sozialnormen sowie die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, um so Mittel für die Entwicklungshilfe und die Bekämpfung der Armut freizumachen.

Schon die nur begrenzte Mitarbeit in den internationalen Organisationen erlaubt es der Schweiz, eine wichtige Rolle zu spielen. Dort, wo sie sich engagiert, müsste sie für verbindliche internationale Instrumente im Sozial- und Umweltbereich eintreten. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation müssten von den Mitgliedstaaten die Kompetenz erhalten, Normen nicht bloss zu erlassen, sondern ihnen überall auf der Welt Achtung zu verschaffen.

In dieser Optik muss man sich der Frage stellen, ob die Schweiz nicht der Europäischen Union und den Vereinten Nationen beitreten sollte, um im Verein mit den anderen Nationen zur Schaffung einer echten öffentlichen Macht auf regionaler und weltweiter Ebene beizutragen. Das setzt indes auch Veränderungen im Innern voraus, etwa der Bundesstrukturen und der Instrumentarien der demokratischen Mitbestimmung.

3.6 «Kulturvertrag»

Der Weg vom alten zum neuen Gesellschaftsvertrag wird nicht nur geprägt von den Auseinandersetzungen um wirtschaftliche, soziale und ökologische Kriterien und Lösungsmöglichkeiten. Bereits der zweite Teil unserer Überlegungen, die Betonung der Grundwerte aus christlicher Sicht, haben deutlich gemacht, dass der ganze kulturelle Hintergrund eine Rolle spielt: Traditionen, Religionen und Spiritualität, Sitten, Gebräuche und Sprache, Werte und Geschichte. Deshalb braucht der neue Gesellschaftsvertrag als Bestandteil auch einen «Kulturvertrag».

«Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft - die Frage ist nur, wie wir damit umgehen.»

Die Kultur, welche eine Gesellschaft prägt, ist nie eine unveränderliche Gegebenheit. Auch das schweizerische kulturelle Selbstverständnis hat sich besonders seit dem Zweiten Weltkrieg rasch und tiefgreifend ausdifferenziert. Einerseits geschieht dies laufend durch innere Wandlungen - es sollen nur die Stichworte Individualisierung und Pluralismus erwähnt werden. Andererseits ist die sprachlich-kulturelle Vielfalt schon seit je ein Merkmal der Schweiz, ergänzt durch die auf immer weitere geographische Räume ausgreifende Migration. Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft. Sie kann Bedrohung sein oder Bereicherung. Die Frage ist nur, wie wir mit dieser Ausdifferenzierung umgehen. Es gehört zum «Kulturvertrag», diesen Umgang mit kultureller Vielfalt im Geiste des gegenseitigen Respektes und der Offenheit zu vereinbaren - und gerade mit der multikulturellen Verträglichkeit die schweizerische Identität weiter zu entwickeln.

Angesichts der grossen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen stellt sich grundsätzlich die Frage, wie wir mit Veränderungen in unserer Kultur, mit dem Wandel der Zeit umgehen. Der Wandel, den wir beschrieben haben als Weg vom alten zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, ist für die einen eine Herausforderung und eine Chance, bei anderen löst er Verunsicherung und Ablehnung aus. Vielleicht finden sich diese gegensätzlichen Kräfte in der Gesellschaft in jedem Menschen, der hin und her gerissen ist zwischen dem Streben nach Neuem und der Angst vor dem Verlust von Identität oder Besitzständen.

In einem «Kulturvertrag» haben wir uns zu verpflichten, diesem Spannungsfeld offen zu begegnen und gemeinsam auszuhandeln, wo der Weg des Wandels durchgehen soll. Das heisst auch lernen, der Tatsache offen zu begegnen, dass gesellschaftlicher Wandel immer schon stattgefunden hat und immer stattfinden wird. Entscheidend ist bei einer «Kultur des Wandels», dass gemeinsam überlegt wird, welches die alten und welches die neuen Grundlagen des Zusammenlebens sind, die Grundwerte und die Kriterien also, die sozusagen die Richtung markieren, wohin die Gesellschaft gehen will.

4. Ausblick - Aufforderung zur Beteiligung

Angesichts dieser Lage wollen wir unseren Beitrag zu einer notwendigen Kultur des Wandels beitragen und die Türen unserer Kirchen öffnen. Eine Debatte soll in Gang kommen.

«Wir laden Sie ein, über die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu diskutieren.»

Geben wir uns keinen Illusionen hin. Leitet die heute aktive Generation die Debatte nicht aus eigenem Antrieb ein, dann werden die Probleme sie über kurz oder lang einholen und die Neuorientierung wird ihr aufgezwungen.

Deshalb laden wir jede und jeden ein, über die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu diskutieren. Wichtige Ereignisse von grossem Symbolgehalt werden das Land in den kommenden Jahren prägen – 1998: 150 Jahre Bundesstaat, der Jahrtausendwechsel, 2001: die Landesausstellung. Der von uns angestrebte Gesellschaftsvertrag muss zustande kommen. Der vorliegende Text und die im Rahmen dieser Konsultation vorgesehenen Veranstaltungen bieten Raum, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten und sich für jene Werte, Kriterien und Handlungsmöglichkeiten zu entscheiden, die die Gesellschaft von morgen prägen sollen. Von dieser Absicht sind wir getragen. Möge der Geist Gottes Sie und uns während der Konsultation lenken!

Doch vorerst beenden wir unsere Überlegungen so, wie wir sie begonnen haben: mit einigen Erfahrungsberichten aus der Zukunft.

Drei Geschichten

Emil ist Grafiker. Er war bei einer grossen Tageszeitung tätig. Dann wurde sein Arbeitsplatz im Zug der Fusion mit der Zeitung eines Nachbarkantons wegrationalisiert. Emil ist geschieden und hat zwei Kinder aus erster Ehe. Ein weiteres Kind stammt aus der Verbindung mit seiner jetzigen Lebenspartnerin. Zur geschiedenen Frau pflegt Emil heute ein gutes, einvernehmliches Verhältnis. Ab und zu treffen sich die beiden geschiedenen Eltern sogar gemeinsam mit ihren Kindern; sicher immer an den Geburtstagen der beiden Kinder.

Bei seiner Entlassung macht sich Emil nicht allzu viele Sorgen. Dank Ersparnissen, Arbeitslosengeld und dem vom Staat garantierten Grundlohn kann er der nahen Zukunft getrost ins Auge sehen. Nach zehn Jahren aufreibender Arbeit - seine Ehe scheiterte wegen seiner zu grossen beruflichen Abwesenheit - will er sich vermehrt seinen Kindern und seinen allmählich gebrechlicher werdenden Eltern widmen. Er muss aber finanzielle Opfer bringen, das Auto wurde zu teuer. Emil verkauft es und entscheidet sich dafür, sich an einer Auto-Teilete zu beteiligen. Das bringt ihm beträchtliche Einsparungen.

In seinem Quartier leben zahlreiche ausländische Familien mit schulpflichtigen Kindern sowie eher einsame betagte Menschen. Etliche unter ihnen sind aber körperlich wie geistig noch rüstig. Die schlechte Integration der ausländischen Familien wie der betagten Menschen gibt Emil zu denken. Zwei Gruppen am Rande der Gesellschaft. Emil beginnt sich mit der Sache zu befassen und nimmt in der reichlichen Freizeit mit diesen Menschen Kontakt auf. Bald werden die Älteren aktiv und initiativ. Sie erteilen den Kindern Nachhilfeunterricht und geben Deutschlektionen für die ausländischen Quartierbewohner. Diese umgekehrt machen für die Älteren Besorgungen, gehen Einkaufen und erledigen Gartenarbeiten. Jede und jedes macht für die anderen, was nicht in deren Kräften liegt.

Während der einjährigen Arbeitslosigkeit von Emil bietet sich seiner Partnerin die Chance, in ihrem früheren Beruf als Pharma-Assistentin eine kleine Teilzeit-Anstellung zu erhalten. Emil findet erst nach über einem Jahr eine neue Anstellung als Grafiker. Nun will er aber nicht mehr voll berufstätig sein. Die soziale und emotionale Aufgabe, in die er hineingewachsen ist, und die Kompetenz, die er bei seinem Engagement für die Quartierbewohner erworben hat, will er nicht mehr preisgeben. Und als seine eigenen Eltern pflegebedürftig werden und ins Altersheim eintreten, beschliesst Emil, jeweils zwei Tage pro Woche als Hilfspfleger im Heim zu arbeiten. So hat er für sich eine ideale Ergänzung zu seiner eher technisch orientierten Berufsarbeit verwirklicht. Heute fragt sich Emil oft, weshalb er zuerst die Ehescheidung, nachher noch den Stellenverlust erleiden musste, bis er merkte, dass er nicht nur Arbeitstier, daneben aber kaum mehr Ehemann und Vater sein konnte.

* * * * *

Julia arbeitete als Ingenieurin in einer Firma, die von einem Weltkonzern übernommen wurde. Ihre Arbeit gefiel ihr, doch sie wusste, dass ihr Arbeitsplatz gefährdet war. Mehrere Betriebe waren bereits stillgelegt worden, bald war die Reihe an ihrer Fabrik. Sie verfügte über das nötige Know-how und wusste es auch. Mit geringen Investitionen würde sie etwas auf die Beine stellen können.

Dank dem ihr zugesprochenen Risikokapital, den Steuererleichterungen und dem Teilerlass der Sozialversicherungsbeiträge konnte Julia sich selbständig machen. Die Gebäude eines stillgelegten Betriebs in der Region wurden ihr zur Verfügung gestellt, mit einem Mieterlass für die ersten fünf Jahre. Inzwischen leitet sie ihre eigene High-Tech-Firma. Die Auftragslage ist gut. Auf der Basis von Job-Sharing wurden rund zehn Arbeitsplätze geschaffen. Für die Weiterbildung des Personals erhält die Firma Zuschüsse vom Staat und kann sich so an der Spitze der technologischen Entwicklung halten.

Zu Hause kann Julia auf ihren Ehemann zählen. Er arbeitet halbezeitlich, sorgt liebevoll für die Kinder. Gemeinsam mit anderen Hausbewohnern hat sie einen Verein gegründet, dem ein leerstehendes Lokal für den Kinderhütendienst überlassen wurde. Dort können die Kinder ihre Schulaufgaben erledigen, betreut von einem Vater oder einer Mutter im Haus. Während der Ferien sorgen die Eltern im Turnus für die Kinder, eine willkommene Ergänzung zu den Ferienpässen der Gemeinde.

* * * * *

Franz und Claudia sind Bergbauern. Mit 11 ha und zehn Stück Vieh ist ihr Hof nicht rentabel. Bis vor kurzem waren die Zukunftsaussichten für das Tal düster gewesen. Die Subventionen wurden gekürzt, die Einkommen der Landwirte nahmen stetig ab. Wegen des hohen Frankenkurses und der Konkurrenz des um ein Drittel billigeren Angebots im nahegelegenen Ausland stagnierte der Tourismus. Alle wussten, dass es so nicht weitergehen konnte – doch auf die Einsicht Taten folgen zu lassen ...

Schliesslich ergriff der Gemeindepräsident die Initiative. Er berief die Gemeindeversammlung ein. Er strich die Vorzüge des Tales heraus: seine «Naturprodukte», seine kulturellen Traditionen, seine Landschaft. Es war, als hätten alle bloss darauf gewartet. Franz und Claudia diskutierten mit Freunden, rechneten alles wieder und wieder durch. Dann mussten sie sich eingestehen: wollen wir auf unserem Hof bleiben, dann müssen wir uns mit anderen zusammenschliessen und investieren; nur so können wir von der Herkunftsbezeichnung profitieren und biologischen Käse auf den Markt bringen.

Inzwischen ist der von ihnen hergestellte Käse eine geschützte Marke; verkauft wird er in Reformhäusern und Bioläden. Dank der Subventionen zur Förderung erneuerbarer Energien und der Beratung eines Ingenieurs konnten sie ihr Einkommen mit Stromerzeugung aufbessern. Den Strom erzeugt ein Kleinkraftwerk, das mit dem Wasser des Bergbachs auf ihrem Land gespeist wird. Dank mehreren derartigen Einrichtungen kann sich das Tal selbst mit Strom versorgen.

Doch das war nur der Anfang: die beiden Gästezimmer sind immer besetzt, seit jüngere Talbewohner zwei Pensionen renoviert haben und nicht zögern, die Touristen in ihrer Muttersprache zu empfangen ... um anschliessend die Übersetzung nachzuliefern! ... und ihre Rechnungen in Euros auszustellen. Dank ihrer Hartnäckigkeit wurde das Staudammprojekt, mit dem ein Seitental hätte überflutet werden sollen, aufgegeben. Nun ist das Tal ein wegen seiner Flora und Fauna beliebtes Wanderziel.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Zum Gebrauch der Diskussionsgrundlage

«Welche Zukunft wollen wir?»

1. Die drei Geschichten je am Anfang und am Ende der Diskussionsgrundlage sprechen die persönlichen Erfahrungen an. Identifizieren Sie sich mit den Personen dieser Geschichten? Welches ist Ihre Geschichte, Ihrer Erfahrung mit dem sozialen und wirtschaftlichen Leben der letzten Jahre? Wie unterscheidet sie sich von den erzählten Geschichten? Auf welche Einrichtungen und Hilfen wären Sie angewiesen, um Ihre eigene Vorstellung der anzustrebenden Zukunft zu verwirklichen und selber einen Beitrag an die Gesellschaft für die Zukunft zu leisten? - Dies einige der Fragen, die sich Ihnen beim Lesen der zwei mal drei Geschichten stellen können.
2. In den Text „Welche Zukunft wollen wir“ sind zehn Fragen eingestreut, die Sie auch auf der Zusammenstellung auf dieser Seite finden. Zwei oder drei dieser Fragen aufzunehmen, könnte ein guter Einstieg in das Gespräch einer Gruppe, sein und zum Nachdenken über die eigene Zukunftsorientierung anregen.

Der Versuch, auf einige oder alle Fragen Antworten zu formulieren und diese einzusenden, könnte ihr persönlicher Beitrag sein oder der Beitrag Ihrer Gruppe, Ihrer Kirchgemeinde oder Pfarrei, Ihres Vereins oder Verbandes an die «Ökumenische Konsultation über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz». Herzlichen Dank für Ihre Beteiligung, in welcher Form auch immer!

3. Jeder der drei Teile der Diskussionsgrundlage «Welche Schweiz wollen wir?» kann unabhängig von den anderen gelesen und diskutiert werden. Es ist auch möglich, nur einen Teil zu prüfen und zu diskutieren und nur zu diesem Teil Stellung zu nehmen.

Fragen zur Diskussion

Zur Erleichterung Ihrer Beteiligung an der Ökumenischen Konsultation stellen wir im folgenden die Fragen zusammen, denen Sie im Text eingestreut begegnet sind:

1. **Hat sich Ihre persönliche soziale Lage in den letzten zehn Jahren verändert?**
2. **Welche sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen machen Ihnen Angst? Welche wecken bei Ihnen dagegen Vertrauen und Hoffnung?**
3. **Die Ökumenische Konsultation geht davon aus, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft schwierig geworden ist. Welches ist Ihre Einschätzung der Situation?**
4. **Was ist Ihrer Meinung nach der Auftrag der Kirchen angesichts der sozialen und sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz?**
5. **Welche Bedeutung hat für Sie die Bibel für das Zusammenleben in den Kirchen und in der Gesellschaft?**

6. Wie lassen sich Ihrer Erfahrung nach das Gebet und der Einsatz für eine gerechtere Welt in Einklang bringen?
7. Welches sind für Sie die Grundvoraussetzungen für einen tragfähigen «Gesellschaftsvertrag»?
8. Wären Sie bereit, zugunsten schwächerer Glieder der Gesellschaft auf persönlichen Wohlstand zu verzichten? Unter welchen Voraussetzungen?
9. Wie sehen Ihre Entwürfe für die vorgeschlagenen Teilverträge (Wirtschaft Soziales und Arbeit, Demokratie, Umwelt, Welt, Kultur) eines neuen Gesellschaftsvertrages aus?
10. Wie soll die «Mangelware» Erwerbsarbeit verteilt werden?
11. Welche Aufgaben hat das Gemeinwesen - Gemeinde, Kantone, Bund sowie internationale Institutionen - wahrzunehmen?

Organisation und Verantwortlichkeiten der «Ökumenischen Konsultation»

Präsidium

- Mgr. Amédée Grab, Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Fribourg
- Frau Monika Waller-Koch, zuständig Sozialethik/Kirche und Gesellschaft im Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), Winterthur
- Frau Rosemarie Dormann, Nationalrätin, Rothenbrug/Luzern
- Pasteur Jean-Pierre Jornod, ehm. Präsident des SEK-Vorstandes, Genf

Projektleitungs- und Koordinationsgruppe

(je mit Teilzeit-Engagements für die Konsultation)

- Jean-Claude Huot, Sekretär Justitia et Pax (J+P), Bern
- Hans-Balz Peter, Leiter Institut für Sozialethik des SEK (ISE), Bern

Koordinationsstelle:

- André Monnier, Koordinator, Bern
- Béatrice Bowald, Koordinatorin, Bern

Redaktionsgruppe

Anfang 1997 wurde die Redaktionsgruppe damit beauftragt, einen Aufruf der Kirchenleitungen sowie die Diskussionsgrundlage für die Ökumenische Konsultation auszuarbeiten und den Kirchenleitungen vorzulegen:

- Carlo Knöpfel, Mitarbeiter Caritas Schweiz, Luzern

- Sr. Margrit Muther, Mitarbeiterin Diakonissenwerk Neumünster, Zürich
- Daniel Kosch, Bibelpastorale Arbeitsstelle, Zürich Betrand Baumann, Journalist, Bern
- Jean-Claude Huot, J+P, Bern
- Hans-Balz Peter, ISE, Bern
- Thomas Bünger, ISE Bern & HEKS Regionalstelle St. Gallen

Verantwortlichkeit für die Diskussionsgrundlage

Der Brief der Kirchen wie die Diskussionsgrundlage «Welche Zukunft wollen wir?» sind dem Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der Schweizer Bischofskonferenz im September 1997 vorgelegt und von beiden Gremien nach gegenseitiger Abstimmung angenommen worden. Der Brief der Kirchen, mit dem sie zur Beteiligung an der Ökumenischen Konsultation einladen, ist im Namen der beiden Gremien von deren Präsidenten unterzeichnet worden. Die Veröffentlichung der gesamten Broschüre erfolgt im Auftrag und unter der Verantwortung der Schweizer Bischofskonferenz und des Vorstandes des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes.

Wohin sich wenden?

An wen sollen Sie sich mit Ihren Vorschlägen, Stellungnahmen, Reaktionen, Wünschen, Beiträgen usw. im Zusammenhang mit der Ökumenischen Konsultation wenden? Es steht Ihnen in erster Linie die Koordinationsstelle der Ökumenischen Konsultation zur Verfügung:

- Ökumenische Konsultation,

Postfach 7442

3001 Bern

Tel. 031-382 23 28. FAX 031-381 83 49.

- Hans-Balz Peter, Institut für Sozialethik des SEK, Sulgenauweg 26, 3007 Bern. Tel. 031-370 25 50. FAX 031-370 25 59. e-mail:ise-ies@ref.ch
- Jean-Claude Huot, Justitia et Pax Postfach 6872, 3001 Bern Tel. 031-381 59 55. FAX 031-381 83 49. e-mail:jus-pax.ch@bluewin.ch.

Auswertung / Evaluation der Einsendungen

Es sind Vorkehren getroffen worden, dass alle Einsendungen, die uns während der Konsultation erreichen, in transparenter Weise zur Kenntnis genommen werden und dass ihnen bei der weiteren Arbeit Rechnung getragen wird. Es ist vorgesehen, eine Zusammenfassung aller Beiträge in geeigneter Weise öffentlich zugänglich zu machen.

Die Beiträge und Stellungnahmen dienen als Grundlagen der Auswertung und für die Redaktion des vorgesehenen Schlussdokumentes, das zum Abschluss der Konsultation - Ende 1999, Anfang 2000 - vom Vorstand des SEK und der Schweizer Bischofskonferenz veröffentlicht wird.

Über den Verlauf der Konsultation wird von der Projektleitung laufend in der kirchlichen Presse berichtet.

Quellen für die statistischen Angaben in der Diskussionsgrundlage:

Bundesrat, Antwort vom 9. Juni 1997 auf eine Interpellation von Nationalrat Remo Gysin vom 16. September 1996.

Justitia et Pax / Institut für Sozialethik des SEK: Die Zukunft der sozialen Sicherheit. NZN-Verlag/ISE-Verlag, Zürich und Bern 1997.

Robert E. Leu, Stefan Burri, Tom Priester: Armut und Lebensqualität in der Schweiz. Bern 1997.

PNUD (Programme des Nations Unies pour le développement), Rapports sur le développement humain 1994. Paris 1996 et 1997.

Rudolf H. Strahm, Wirtschaftsbuch Schweiz. 3. Aufl. Aarau 1992.